

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 246.

Freitag den 20. Oktober 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Auch ein „Marschall Vorwärts“.

HE. Der preussische Finanzminister v. Miquel hat in einer Rede, welche er dieser Tage auf dem Festmahl bei der Einweihung der neuen thierärztlichen Hochschule zu Hannover gehalten hat, bewiesen, daß er seine kommunistische Vergangenheit doch nicht ganz verschwiegen hat. Vielleicht war es ein vom gleichzeitig tagenden sozialdemokratischen Parteitag herübergewehtes Lüftchen, was ihn zu Worten inspirirt hat, wie: „Wir müssen, wenn wir gerecht sein wollen, konstatieren, daß es natürlich ist, wenn das ältere Geschlecht viel an das Alte denkt; aber das Alte ist Geschichte, es war, wird und soll niemals wieder kommen... Man kann die rückwärts liegenden Ereignisse bedauern; ich verstehe es, aber unrichtig und schädlich ist das für die künftige Entwicklung. Vorwärts sollen wir blicken, nicht rückwärts!“

Der Tausend! „Ungefähr sagt das der — Sozialdemokrat auch, nur mit ein bisschen anderen Worten.“ Nämlich die Sozialdemokratie urtheilt über die rückwärts liegenden Ereignisse“ noch weit milder auf Grund der materialistischen Geschichtstheorie.

„Vorwärts sollen wir blicken, nicht rückwärts!“ Was muß der Vizepräsident des preussischen Ministeriums für eine Freude haben an der Partei, auf deren journalistischer Hauptfahne „Vorwärts!“ steht!

Er zielte freilich in seiner Rede auf die weisse Vergangenheit und sein „Vorwärts“ galt der Hohenzollern'schen Dynastie. Aber wer weiß, wer weiß! einem so geriebenen Politiker wie Miquel ist Alles zuzutrauen (man sieht, eine wie viel bessere Meinung wir von ihm haben als selbst seine agrarischen Freunde, deren Wort: „Wir haben ihm nie getraut“ bereits zum geflügelten geworden) und so gut wie er offiziell für die Kanalvorlage eintrat und feindlich durch seinen Agenten v. Bedlitz sie bekämpfte ließ, ebenso gut kann er ein verkappter Anhänger der Sozialdemokratie sein und seine Gedanken in sozialdemokratisch gefärbte Worte gekleidet haben, um unseren im Ballhof versammelten Delegirten eine kleine Freude zu machen.

Im Grunde genommen haben wir übrigens gar kein Monopol auf das „Vorwärts!“ Welche Partei, welche Gruppe, welche Klasse will nicht vorwärts kommen? Alle wollen sie den Fortschritt, auch die Reaktionsparteien, nur mit dem kleinen Unterschied, daß diese den Fortschritt für sich allein, ihre Klasse und Kaste, ihre Interessen wollen, auf Kosten der anderen Klassen, die rückwärts geworfen werden sollen; wogegen die Ziele der Sozialdemokratie den allgemeinen Kulturfortschritt bedeuten, ein Vorwärts für die gesamte Bevölkerung und auf allen Kulturgebieten.

Herr von Miquel als „Sammelpolitiker“, mit dem agrarisch-industriellen Januskopf (Janus, ein Gott der Römer, hatte zwei Gesichter), feierte den Fortschritt der beiden Flügel der bestehenden Klasse, des feudalen und kapitalistischen. „Was ist aus dieser Provinz geworden?“ sagte er. „Blicken Sie zurück auf die großen Fortschritte der Landwirtschaft, auf die gewaltige Entwicklung der Städte, auf ihr Wachstum und ihren Wohlstand, blicken Sie auf die Entwicklung der Industrie und des Handels! Ueberall haben wir Fortschritte gemacht usw.“ An Fortschritte in der Klassenlage des Proletariats scheint auch er nicht zu glauben, sonst hätte er sie doch vermuthlich mit einigen Worten erwähnt.

Sie kamen und kommen Beide vorwärts, die Großgrundbesitzer wie die Großkapitalisten, und Beide auf Kosten des arbeitenden Volkes. „Der Rücken der Arbeiter ist der selbstlose grüne Tisch, auf welchem die Unternehmer und Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu welchem die heutige Produktion geworden ist“, schrieb bekanntlich Lassalle, und beim ländlichen Proletariat läßt sich das Psalmwort anwenden: „Auf meinem Rücken haben die Flügel geackert und ihre langen Furchen gezogen.“

Herr v. Miquel ist der zivile „Marschall Vorwärts“ beider bestehenden Klassen, dessen Schlaubeit die Mission hat, die Reibungen zwischen diesen beiden Klassen und zwischen ihnen und der Krone

zu überwinden. Hierzu ist er unentbehrlich und darum wird er trotz seines Doppelspiels nicht lucanisiert werden, sein Agent Herr v. Bedlitz ward als Sündenbock für ihn abgeschlachtet.

Die Auffassung, daß die Konservativen ihren Widerstand gegen den Mittellandkanal aufgeben werden, wenn sie nach Ablauf der Handelsverträge höhere Agrarzölle erhalten, ist heute stark verbreitet. Herr v. Miquel wird das Nöthige besorgen — wenn der Reichstag keinen Strich durch die Rechnung macht, was bei den hochschützöllnerischen Neigungen des Centrums stark zu besorgen ist — das Vorwärts für die Agrarier mit dem Rückwärts für die Massen zu Stande bringen.

Die Industrie wird sich zwar im Allgemeinen dagegen sperren von wegen Retorsionen der Exportländer, aber soweit ihr nicht Industriezölle als „Kompensationen“ geboten werden, wird man sie durch die Zuchthausvorlage schadlos zu halten suchen. Auch hier also: Vorwärts die Kapitalisten, rückwärts die Arbeiter!

Der Anlaß seiner Vorwärtsrede, die Feier der Thierarzneischule, brachte Herrn v. Miquel vielleicht eine von den vielen Fabeln in Erinnerung, deren Held sein zoologisches Wierdpiel ist: Reineke Fuchs. Reineke stieg in den Eimer eines Doppelseimers und sank in die Tiefe des Brunnens. Auf sein Rufen eilte der Wolf herbei, den der Scharkopf mit angeblischen Herrlichkeiten da unten anschwandelte und veranlaßte, in dem anderen Eimer sich hinabzulassen. Der dumme Wolf that's und indem er in die Tiefe sank, kam der andere Eimer mit dem Fuchs wieder herauf.

Kein Zweifel, man wird regierungsseitig alle Hebel in Bewegung setzen, um die Zuchthausvorlage — oder wie sie euphemistisch von einigen Blättern in der politischen Sounersprache genannt wird: das „Arbeiterschutzesch“! — durchzudrücken. Wir werden darum jetzt, nach geschlossenem Parteitag und entsprechend der von ihm einstimmig beschlossenen Resolution, wiederholt eine energische und allgemeine Agitation gegen dieses Schiefal entfalten müssen.

Politische Mittheilungen.

Deutschland.

Die Wahlagitatio im Kreise Calbe-Mischerleben hat begonnen. Die Nationalliberalen greifen den Kandidaten der Sozialdemokratie, Albert Schmidt, persönlich an. In diefer perfiden Kampfesweise steht obenan das „Quedlinburger Kreisblatt“, welches schreibt:

„Herr Albert Schmidt ist der Verfasser einer gegen unsere Kaiserfamilie gerichteten Schmähchrift, die nach dem „Berliner Tageblatt“ loger der „Vorwärts“ als roh und geschmacklos verurtheilt hat! Wenn ein Blatt wie der „Vorwärts“ ein solches Vertheil fällt, dann kann man nach den bekannten Gepflogenheiten dieses Blattes in Majestätsbeleidigungs-Angelegenheiten überzogen sein, daß es nicht zu hart ist! Wir haben die Pflicht, zu verhindern, daß ein Mann, dem das leitende Blatt seiner Partei ein solches Zeugniß ausstellt, nicht in den Reichstag gewählt wird, wenigstens nicht für den Wahlkreis Calbe-Mischerleben.“

Unsere Leser wissen, daß die Darstellung des national-liberalen Blattes elogen ist. Bei dieser Gelegenheit wollen wir mittheilen, daß laut Magdeburger „Volksstimme“ in den nächsten Tagen eine Broschüre erscheint, die die Prozeße gegen Müller und Schmidt ausführlich beschreibt. — Die sozialdemokratischen Wähler des Wahlkreises Calbe-Mischerleben haben gesprochen. In einer am Sonntag Nachmittag in Schönebeck abgehaltenen Versammlung wurde einstimmig der bisherige Vertreter des Kreises, Abg. Albert Schmidt, wiederum als Kandidat aufgestellt. Die Versammlung war von ca. 2000 Personen besucht und gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung gegen die Majestätsbeleidigungsprozesse im Allgemeinen und gegen den Prozeß Schmidt im Besonderen. Es war, nach unserm Magdeburger Parteiblatt, ein erhebender Anblick, als die Vertrauensleute der einzelnen Bezirke die in ihren Kreisen herrschende Stimmung wiedergaben und die Vertreter der Nachbarnwahlkreise den Genossen ihre Unterstützung zusicherten. Es herrschte eine Begeisterung, wie wir sie bei den letzten Reichstagswahlen kaum beobachtet haben.

Der Bund der Industriellen und die Zuchthausvorlage. Am Montag und Dienstag sind in Berlin die Delegirten des Bundes der Industriellen zu einer

Generalversammlung vereinigt gewesen. Der Dienstag brachte die Berathung über die Zuchthausvorlage. Am Abend vorher hatten sich die Delegirten durch ein glänzendes Mahl in den „Bier Jahreszeiten“ für diese schwere Arbeit gestärkt. Der Generalsekretär des Bundes, Herr Dr. Wendlandt, berichtete über die Umfrage, die der Bund bei seinen Mitgliedern, betr. die Mittel und Wege für den Schutz der Arbeitswilligen, angestellt hat. „Die Ansicht des Vorstandes, daß ein gesetzlicher Schutz des gewerblichen Arbeitverhältnisses nöthig sei, sei durch die Umfrage bestätigt worden. 95,5 pCt. aller Antworten sprachen sich nämlich für die Nothwendigkeit eines Schutzes aus, zum Theil ganz entschieden und unter allen Umständen. Nur 4,5 pCt. verneinten die Nothwendigkeit eines Schutzes, zum Theil unter Hinweis darauf, daß die bestehenden Gesetze vollständig ausreichen wären. Eine weitere Frage ging dahin, ob es nicht unter Ausschluß gesetzlichen Schutzes auf dem Wege freier Vereinigung möglich sei, das Arbeitsverhältnis genügend zu sichern. 77 pCt. der Antworten verneinten das rundweg, weil dadurch nicht sowohl der Schutz der Arbeitswilligen, sondern überhaupt eine Stärkung der Stellung der Arbeitnehmer herbeigeführt würde. Zu einem wirksamen Schutz sei vielmehr eine große Arbeitgeber-Vereinigung erforderlich, damit alle Aufwiegler dauernd ferngehalten werden und die Arbeitgeber alle Arbeitsnachweise in die Hände bekommen. 35 pCt. gaben übrigens Fälle an, in denen sie durch streikende Arbeiter geschädigt, oder in denen arbeitswillige Arbeiter ihrer Fabrik irgendwie behindert oder mißhandelt worden sind.“ Der einzige Redner, der gegen die weitere Einschränkung des Koalitionsrechts sprach, war der Berliner Fabrikant Weigert, der unter großer Unruhe der versammelten Scharfamer seinen ablehnenden Standpunkt vertrat. In der von ihm eingebrachten, später zurückgezogenen Resolution ist gesagt, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen den Arbeitswilligen ausreichenden Schutz gewähren. Nach längerer Diskussion wurde schließlich nachstehende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen:

„Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen hält auf Grund ihrer Umfrage bei den Mitgliedern des Bundes die völlige Gewährleistung der Willensfreiheit der Arbeitswilligen für unbedingt notwendig. Sie ist der Ansicht, daß die zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen diesen Schutz nicht in ausreichendem Maße bieten. Sie beauftragt daher den Vorstand des Bundes, für eine Verstärkung der gesetzlichen Sicherheitsmaßregeln unter Ablehnung der zu weit gehenden Vorschläge der Regierung an zuständiger Stelle einzutreten.“

Die „zuweitgehenden Vorschläge der Regierung“ — das ist das verheißene Zuchthaus; dem milden Sinn der Unternehmer genügt es, wenn ihre wirtschaftlichen Widersacher in das Gefängniß wandern. Sie hätten wohl auch nichts gegen das Zuchthaus einzuwenden, wenn sie in dieser Bestimmung nicht eine Verschlechterung der Aussichten des ganzen Gesetzes fürchteten. In der Debatte wurde auch das Interessanteste aus der ganzen Umfrage mitgeteilt, nämlich, daß sich von den 4000 Mitgliedern des Bundes nur 140 an ihr betheiligt haben. Das läßt die Bedeutung der ganzen Veranstaltung recht sehr zusammenschrumpfen. Immerhin wird das „direkt aus dem Leben gegriffene Material“ der Verlegenheit des Herrn von Posadowsky vielleicht einige Zeit willkommen sein. Viele Ausschreitungen, die in der Denkschrift schon zwei Mal gezählt sind, marschieren nun nochmals mit und füllen den Patronensack. Nöthig hat der Herr Minister die Hilfsleistung; wenn's nur nicht wieder Platzpatronen sind!

Die Sozialdemokratie und das Militärwesen betitelt sich ein Artikel der offiziellen „Berliner Corr.“ über die Militärdebatte auf dem Parteitag in Hannover: „Die Verweigerung jeglicher Mittel zur Landesverteidigung“, schließt der Aufsatz, „solange das Heerwesen den sozialdemokratischen Endzwecken nicht dienbar ist, stempelt die Genossen zu Feinden des Vaterlandes, mit denen es für die Vertreter und Verteidiger unseres nationalen Staates, der bestehenden Gesellschaft keinen Frieden und keine Einigung geben kann.“

Wir würden dieses Stereotyp aus den Reden sämtlicher Kriegsminister nicht der Erwähnung werth halten, wenn nicht ein allgemeines Krebsen der „nationalen“ Blätter mit ähnlichen Phrasen in Aussicht stände. An der Dummheit, die darin liegt, die stärkste Partei Deutschlands zu Feinden des Vaterlandes zu stempeln, wollen wir die Nachbeter offiziöser Weisheit nicht

hindern, weil sie den Beweis erbringen, wie vieles in ihrem Vaterlande faul sein muß, um so viel Vaterlandsfeinde darin erstehen zu lassen. Aber die Frage „der völligen Unbrauchbarkeit der Miliz“ durch die Reden des Herrn v. Söfler als beantwortet anzusehen, ist denn doch nicht gut möglich. Den Militäroffizieren dürfte es nicht gelingen, die von uns erstrebte Demokratisierung des Heeres — für uns der Kernpunkt der Militärfrage — zurückzuführen auf das unsinnige Bestreben Deutschland wehrlos zu machen. Die Geschichte, giebt übrigens Beispiele genug, wie oft der Staat seine Existenz der Wehrhaftmachung des Volkes, der Volkswehr, zu danken hatte. Mit solchen Taschenspielerstücken, wie es das Schreckensspiel aus der Zeit der Faschingswahlen ist, sollten die Verehrer des Militarismus die Welt nicht mehr langweilen.

Ueber den Stand der Samoa-Verhandlungen hat Graf von Bülow im Kolonialrathe am Montag vertrauliche Mittheilungen gemacht. Wie die Krupp-Schweiburgischen „Neuesten Nachr.“ wissen wollen, hat der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten die Frage gestellt, ob es zur Beseitigung der Dreiherrschaft mit ihren mannigfaltigen Unzulänglichkeiten rathamer sei, sich den Besitz der Hauptinsel Upolu durch Zugeständnisse an andere Punkte zu sichern, oder die Stellung in Samoa gegen bestimmte Kompensationen aufzugeben. Der Kolonialrath soll sich dahin ausgesprochen haben, daß es mit unseren kolonialpolitischen Interessen wohl vereinbar sei, wenn Samoa gegen gewisse Entschädigungen aufgegeben würde. Graf Bülow scheint ohne einen starken Rückhalt in der öffentlichen Meinung zu einem solchen Tauschgeschäft nicht so recht entschlossen zu sein.

Der Kolonialrath hat sich, wie offiziös mitgetheilt wird, am Montag einstimmig damit einverstanden erklärt, daß das Reich den Bau der ostafrikanischen Centralbahn auf eigene Rechnung übernehme, nachdem der Vertreter der Regierung erklärt hatte, daß infolge der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes die Verhandlungen mit dem Konsortium, das die Bahn aus eigenen Mitteln unter Zinsbürgschaft des Reiches bauen wollte, ergebnislos verlaufen sind. Die Kosten der in drei Jahren zu erbauenden Strecke bis Ukami sind auf zwölf Millionen veranschlagt, von welcher Summe im nächstjährigen Etat als erste Rate vier Millionen gefordert werden sollen. Die Teilstrecke, für die 12 Millionen gefordert werden, ist 291 Kilometer lang, während die ganze Linie 1773 Kilometer beträgt und mithin wenigstens 78 Millionen kosten würde. — Bei der kolonialfreundlichen Haltung der um Lieber ist leider die Befürchtung zu hegen, daß der Reichstag diese Millionen bewilligen wird.

Im Harmlosen-Prozess ist die Beweisaufnahme noch immer nicht zu Ende gekommen. (Am Montag hat keine Sitzung stattgefunden und die Verhandlung am Sonnabend bot keine interessanten Momente. Red.) In der Sitzung vom Dienstag war interessant nur die Vernehmung des Redakteurs Friedländer vom „Berl. Tageblatt“, der Auskunft über die Entziehung der Zeitungskarte gab, die zur Verfolgung der Angeklagten den Anlaß boten. Das erste Material hat demnach der frühere Mitspieler bei den Harmlosen Dr. Kornblum geliefert, bei dem es sich wohl um einen Raubakt handelte, da er aus dem Klub hinausgeworfen worden war. Als der erste Artikel am 16. Dezember 1898 erschienen war, der nur allgemeine Andeutungen enthielt, seien dann viele Briefe eingegangen, auch zahlreiche Besuche dagewesen, die nähere Informationen brachten. Auch der Kriminalkommissar v. Mantuffel hat sich mit der Redaktion des „Tageblatts“ in Verbindung gesetzt und mit Friedländer eine größere Reihe von Konferenzen gehabt. So hat sich ein Artikel an den anderen gereiht, bis dann durch die Verhaftung der Angeklagten die Harmlosen-Affaire in ein akutes Stadium getreten ist. Nunmehr wird sie ja bald zu Ende sein, und man muß zugeben, daß das Interesse der Öffentlichkeit an der Angelegenheit eigentlich erschöpft ist, — was nicht ausschließt, daß der Hörsaal und die Tribünen noch immer überfüllt sind. Der Vorwurf des Falchspiels hat den jungen Aristokraten gegenüber nicht aufrecht erhalten werden können. Andererseits ist ein helles Licht über das Lotterleben und die Anschauungen der adligen Jugend, des Nachwuchses der Obedienzen und Besten, der zum Kampf für Religion, Ordnung und Sitte Berufenen geworfen worden. Das Verdienst, hierüber die Öffentlichkeit aufgeklärt zu haben, bleibt den weitwichtigen Prozessverhandlungen. Ob schließlich einer oder mehrere der zufällig im Reize hängen gebliebenen jungen Herren eine kleine Strafe wegen gewerbsmäßigen Glückspiels bekommt, oder ob alle drei freigesprochen werden, ist für die Beurtheilung des sittlichen Niveaus jener aristokratischen Kreise gleichgültig. — Mittwoch Nachmittag wurde im Harmlosenprozess die Beweisaufnahme geschlossen. Sonnabend beginnen die Plaidoyers.

Die Arbeiterwohl auf dem Lande. Ein Komitee von Landwirthen erläßt folgenden Aufruf: Die Arbeiterwohl in der Landwirtschaft hat einen Umfang angenommen, der dringende Abhilfe erfordert. Die Unterzeichner haben die Initiative ergriffen, der Landflucht der Arbeiter entgegenzutreten; sie beabsichtigen, den Grund zu einer Gesellschaft zu legen, welche Heimstätten für Landarbeiter errichtet. Dies ist den einzelnen Landwirthen aus Mangel an Kapital meist unmöglich; jedoch können die Erfahrungen, die einer Gesellschaft zur Seite stehen, dem Einzelnen zu gute. Die Gesellschaft errichtet für den Landwirth die Heimstätten, dieser verpachtet sie an seine Arbeiter dergestalt, daß sie unter bestimmten Voraussetzungen später in den Besitz des Pächters übergehen. Es ist unmöglich, in Kürze mehr als die Grundprinzipien unserer Bestrebungen anzudeuten. In der in Aussicht genommenen Versammlung sollen die Details mittheilungen beprochen und beschlossen werden. Wir bitten an jeden Landwirth, der zu der Unterzeichnung geneigt ist, daß in der Landarbeiterfrage irgend

eine Initiative ergriffen werden muß, die dringende Bitte, an der Bepflanzung theilzunehmen und uns seine Mitarbeit nicht zu versagen. Die gleiche Bitte richten wir an alle anderen, die dieser Frage Interesse entgegenbringen.“

Die Bepflanzung, die am 20. Oktober in Berlin im Klub der Landwirthe stattfindet, soll sich über folgende Punkte erstrecken:

- 1) Ist es möglich, durch Schaffung von Arbeitsstellen der Arbeiterwohl abzuwehren, und ist es der eigenen Initiative des Landwirthes zu überlassen, Maßnahmen in dieser Richtung zu treffen?
- 2) Ist der Staat oder private Thätigkeit besser qualifiziert, die Lösung dieser Frage in die Hand zu nehmen?
- 3) Wie ist das Verhältnis zwischen Gutsherrn und Arbeiter zu gestalten?
- 4) Wie sind die kommunalrechtlichen Schwierigkeiten zu beseitigen?
- 5) Welche Form hat eine eventuell zu gründende Gesellschaft anzunehmen und wie sind die nötigen Mittel zu beschaffen?

Wenn man glaubt, mittelst der Heimstätten die Landarbeiter einzufangen, ihre Landflucht zu verhindern, so ist man stark auf dem Holzwege. Anständige Behandlung, bessere Bezahlung, kürzere Arbeitszeit, das sind die einzigen Mittel, von denen wir uns eine Besserung der jetzigen Nothlage in der Landwirtschaft versprechen. Die Heimstätten würden von den Arbeitern sehr bald als Kaufesfallen erkannt werden und vielleicht die Landflucht nur noch verschärfen.

Keine politische Nachrichten. Der Centrumsabgeordnete Dr. Stephan hat nach der ultramontanen „Schles. Volksztg.“ bisher sein Reichstagsmandat für Beniamin-Zarnowicz nicht niedergelegt und beabsichtigt zunächst auch nicht, es zu thun. — Der Rhein.-Westf.-Stg. zufolge hat das Kohlenyndikat in seiner Sitzung am Montag den Verkaufspreis für Kohlen pro 1900 auf 10 Mk. 50 Pf. gegen 8 Mk. 50 Pf. des laufenden Jahres festgelegt. Keine Hand regt sich, um diesem Syndikatswucher zu steuern! — Wie erst jetzt (11) bekannt wird, geriet am 16. d. M. Morgens ein auf dem Bahnhof Seeburg von Rothstief einlaufender Arbeiterzug infolge böswillig herbeigeführter falscher Weichenstellung auf eine nach nicht mit Schienen belegte Strecke. Die Maschine grub sich in den Sandboden ein, während ein mit vierzig Personen besetzter Personenzug vierter Klasse bei Seite geschleudert und zusammengedrückt wurde. Acht Personen trugen schwere, zwölf Personen leichte Verletzungen davon. Als die Mißthäter wurden, wie aus Königsberg gemeldet wird, mehrere junge Burschen ermittelt. — Das Obergericht in Elbing verurtheilte den Goldschmiedegehilfen Jochim und die Lehrlinge Hienst und Perlon, welche in der Werkstätte ihres Meisters Silbergeschmelze und dann veräußert hatten, wegen Falschmünzerei zu neun, sieben und sechs Monaten Gefängnis. — Der Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. ist es in der Nacht zum Dienstag gelungen, in zwei Wirtschaften Spielballen zu ihren und die Theilnehmer festzustellen. Die Spielgelber wurden beschlagnahmt. — Die im Verlag von D. Th. Scholl in München vor einiger Zeit erschienene Broschüre „Türkisches Christenthum“ ist von der k. k. Staatsanwaltschaft in Wien konfisziert worden. — Aus Wlatau (Mähren) wird gemeldet: In den Zigeunern umweit der Stadt herrscht seit längerer Zeit zwischen den einheimischen und den zugewanderten altgläubigen Arbeitern Feindschaft. Dieser Tage wurde die Arbeiterkaserne der altgläubigen Arbeiter gestürmt, demolirt und in Brand gesetzt. Das Feuer wurde zum Glück bald gelöscht. Auf beiden Seiten sind viele Personen verletzt.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiedereröffnung des Reichsrathes erfolgte am Mittwoch Vormittag ohne irgend welche Kundgebung. Die Mitglieder des Ministerraths Clary wurden lautlos empfangen. Bewegung ins Haus brachten nur Wolf und Schönerer. Letzterer verlangte laut schreiend dreimal das Wort zur Präsidentenwahl. Als es ihm verweigert wurde, sprach er dennoch gegen die Wiederwahl des Präsidenten Fuchs. Wolf tief wiederholt: „Pfui, Fuchs!“ Hierauf begann die Präsidentenwahl. Es herrschte die frohigste unbehaglichste Stimmung unter den Abgeordneten. Alles hatte die Empfindung, daß nach den Delegationswahlen das Haus bald wieder geschlossen werden wird. Nach der Präsidentenwahl, bei welcher Fuchs gewählt wurde, hielt der Ministerpräsident Graf Clary eine Programmrede. Während derselben brach der Sturm der Jungtschechen gegen das neue Kabinett los. Die Jungtschechen riefen den neuen Ministern Worte zu wie: „Lügner! Preussischer Lakai! Betrüger! Räuber! Gefindel!“ Auf das Verlangen der Jungtschechen wurde sofort die Debatte über Clarys Rede eröffnet. Im Herrenhause wurde die Erklärung des Grafen Clary seitens der Linken an mehreren Stellen mit Beifall aufgenommen.

Unter den Vorfällen für den Reichsrath befindet sich eine solche betreffend die Aufhebung des Zeitungssimpels und des Kalenderstempels. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tageblatt“ ist die Einbringung einer Vorlage betreffend Einführung von Schnellfeuergeschützen in den diesjährigen Delegationen zweifelhaft, während dem „Deutschen Volksblatt“ zufolge die Einführung neuer Geschütze beschlossen sein soll. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge beläuft sich der im gemeinsamen Ministerrath im Staatsvoranschlag eingestellte Antrag für Erhöhung der Offiziersgehälter auf ungefähr 3 1/2 Millionen Gulden, jedoch der gesammte Mehraufwand für Heereszwecke sich in üblicher ProgreSSION von 3 1/2 — 4 Millionen Gulden bewegt.

Unter den im Abgeordnetenhause eingegangenen Anträgen befinden sich solche vom Abg. Kaiser und Genossen, sowie von Funke und Genossen auf Verlesung des Ministeriums Thun in den Anklagezustand wegen Mißbrauch des Paragraphs 14, ein Antrag der gesammten deutschen Linken auf Wahl eines Ausschusses zur Auserkennung eines Gesammturtheils, wodurch der Paragraph 14 durch eine andere, auf wirkliche Nothfälle beschränkte Bestimmung ersetzt werden soll, ferner ein Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung des § 14 und endlich eine Interpellation Oyt-Rapoport, betreffend die Blutschuldigung der Juden im Polnaer Prozess.

Von 19 durch die Eröffnung des Parlaments veranlaßten, in verschiedenen Bezirken abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlungen zu Wien, welche zahlreich besucht waren, wurden fünf, theils wege „zu heftiger“ Angriffe auf das zurückgetretene Mini-

sterium, theils wegen zu scharfer Ausfälle in den zur Abstimmung gebrachten Resolutionen aufgelöst.

Frankreich.

Der Kolonialskandal hat ein unerwartetes Ende gefunden. Nach einer dem Kolonialminister zugegangenen Depesche sind die Hauptleute Boulet und Chanvine (die Mörder Klobbs) von ihren eigenen Leuten erschossen worden. Es wird weiter gemeldet, daß die Genannten nach der Ermordung des Oberleutnants Klobbs am 16. Juli einen Theil ihrer Tirailleure nach der Ortschaft Mayhri führten. Am folgenden Morgen empfanden sich die Tirailleure und tödteten zuerst Chanvine, der mit ihnen zu verhandeln suchte, sodann Boulet, der, nachdem er Mayhri verlassen, dorthin zurückzukehren beabsichtigte. Die Tirailleure trafen sodann mit Leutnant Pallier zusammen, der die Expedition in westlicher Richtung nach Doffo führte, nachdem er in Zinder eine Besatzung zurückgelassen hatte.

In Paris wird das unbestätigte Gerücht verbreitet, daß Kriegsminister de Galliffet demnächst das radikale Parlamentsmitglied Pelletan zum Nachfolger erhalten werde.

Der „Patrie“ zufolge will Dreyfus von einer Fortsetzung der Rehabilitationskampagne nichts mehr wissen, er wüßte vielmehr vergessen zu werden und hege darum, auch seiner Gesundheit wegen, die Absicht, Frankreich zu verlassen und in Aegypten Aufenthalt zu nehmen.

Die Begnadigung des Panamoganners Arton, die bereits mehrfach als bevorstehend angekündigt wurde, soll Dienstag definitiv vollzogen sein.

Spanien.

Für die Revision des Prozesses von Montjuich wurde Sonntag Abend in Castellon unter äußerst zahlreicher Theilnahme eine Volksversammlung abgehalten. Es sprachen mehrere Abgeordnete, die hauptsächlich anführten, Spanien könne bloß gerettet werden durch den Sieg der Republik und die Aufklärung der Massen durch den öffentlichen Unterricht. Als die Abgeordneten und die Schriftführer vom Meeting heimkehrten und mit dem Zug durch Villoreal fuhren, stürzten, wie man der „Frek. Ztg.“ meldet, Haufen von Fanatikern, geführt von Geistlichen, herbei, warfen mit Steinen und riefen: „Nieder mit der Freiheit! Es lebe der Carlismus und das Herz Jesu!“ Die Gendarmen schritt ein.

Der Centralverband der Ortskrankenkassen Deutschlands

hat Montag und Dienstag seine Jahresversammlung in Hannover abgehalten. Es waren etwa 150 Delegirte anwesend. An den Verhandlungen, welche Apotheker Steinmez Leipzig leitete, nahmen Theil Regierungsrath Klein-Berlin als Vertreter des Reichsversicherungsamtes, ferner Landesrath Dr. Liebrecht-Hannover, Senator Grote-Hannover, die Reichstagsabgeordneten Horn, Fischel, Molkenbühr, Stadthagen, Meißner und Fischer. — Reg.-Rath Klein versicherte, daß das Reichsversicherungsamt den Ortskrankenkassen das lebhafteste Interesse entgegenbringe, und wies darauf hin, daß bei der Pariser Weltausstellung die deutsche Arbeiterversicherung und ihre Entwicklung zur Anschauung gebracht werden solle.

Nachdem Landesrath Dr. Liebrecht, Senator Grote und Reichstagsabgeordneter Fischel kurze Begrüßungsansprachen gehalten hatten, erstattete Direktor Uhlmann Leipzig den Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr, Haberlorn Leipzig berichtete über den Kongreß zur Bekämpfung der Lungentuberkulose in Berlin. Dr. Dittl Leipzig berichtete über die Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis in Brüssel. Im Anschluß hieran wurde ein Antrag der Ortskrankenkasse Leipzig angenommen, wonach die Streichung der gesetzlichen Bestimmung erstrebt werden soll, daß bei Geschlechtskrankheiten die Gewährung eines Krankengeldes ausgeschlossen werden kann.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag von Dr. Friedeberg Berlin über die derzeitige Fürsorge für Krankenkassen-Mitglieder und ihre Angehörigen. Nebst führte aus, daß in der Handhabung der Krankenfürsorge mehrfach Mängel zu Tage getreten seien, die der Abhilfe bedürften. Dahin gehöre z. B. die noch vielfach getroffene Bestimmung, daß die Kranken den ganzen Tag über zu Hause bleiben sollten, während doch die Bewegung im Freien für manche Krankheiten gerade die Heilungsbedingung sei. Man dürfe nicht an starken Nachschub festhalten. Empfehlenswerth sei es für größere Städte, direkt Anlagen zu schaffen, wo erholungsbedürftige Kranke und Krankenangehörige tagsüber ergehen könnten. Ferner sei es anzustreben, daß die Unterbringung von Kranken in Krankenhäusern erleichtert werde, da man erfahrungsgemäß in Krankenhäusern viel schneller und gründlicher Heilung erzielen könne, als in den meistens nur nothdürftig eingerichteten Arbeiterwohnungen. Ein Uebelstand sei es ferner, daß die Ärzte den Kranken mitunter nicht die genügende Zeit der Behandlung gewährten. Auch hierin müsse Abhilfe geschaffen werden. Die Bestimmungen über Simulation müßten eingeschränkt werden und man müsse an eine Erhöhung der Krankengelder denken, da bekanntlich im Falle einer Krankheit die Ausgaben im Haushalte nicht geringer würden, sondern steigen. Das Krankengeld müsse mindestens die Höhe des Tagelohnes haben. Wenn man jetzt davon spreche, daß ein neues Krankengeld geschaffen werden solle, so möge man die Regierung ersuchen, daß vor Einführung dieses Gesetzes die interessirten Kreise, besonders aber die Versicherungsnehmer, gehört würden.

Uhlmann-Berlin führte aus, daß man als Verwaltungsbeamter einen anderen Standpunkt einnehmen müsse, wie Dr. Friedeberg als Arzt. Die Bestimmungen über eine gewisse Ausgehzeit seien allerdings nothwendig. Ferner polemisierte besonders gegen eine Bemerkung des Dr. Friedeberg, als ob Arbeitslosigkeit als eine Krankheit zu behandeln und deshalb die Bestimmungen bezüglich der Simulation zu mildern seien.

Daehue-Berlin hielt dies ebenfalls als über die Aufgaben der Krankenkassen hinausreichend. Für eine geregelte Arbeitslosenunterstützung hätten Staat und Kommune Vorkehrungen zu treffen. Nach längerer Debatte wurden zum Krankenversicherungsgesetz folgende Abänderungsvorschläge beschlossen:

§ 1. Antrag auf Ausdehnung des Krankenversicherungsgesetzes auf die Dienstboten. Die Fassung in gleicher Weise wie diejenige des § 1 des Invaliden-Versicherungsgesetzes ist wünschenswert.

§ 2. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf selbstständige Gewerbetreibende, Ranggehilfen bei Oberämtern, Gerichten,

Bundes-Zentralbehörden, Techniker, Musiker, Ausschaffdiener u. dgl.

Zu § 6. Antrag auf Ausdehnung der Krankenkassenversicherung von 13 auf 26 Wochen als gesetzliche Mindestleistung.

Zu § 20 Abs. 2. Die Feststellung des durchschnittlichen Tagelohnes kann auch u. f. w. Der durchschnittliche Tagelohn einer Klasse darf in diesem Falle nicht über den Betrag von sechs Mark festgesetzt werden.

Zu § 20 Abs. 3. Die Frist für die Gewährung von Sterbegeldern vom Ablauf der Krankenkassenversicherung bis zum Tode dürfte auf zwei Jahre ausgedehnt sein.

Privatdozent Dr. Jastrów-Charlottenburg hielt dann einen Vortrag über die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Arbeitsnachweis. Volkswirtschaftlich sei es nicht richtig, zu sagen, daß wir genug Menschen haben und daß daher nur die kräftigen Menschen zu erhalten seien. Man habe in Deutschland sogar zu wenig Menschen. Den Arbeitermangel auf dem Lande könne man nur bei oberflächlicher Betrachtung als Ausnahmezustand bezeichnen, man habe gegenwärtig auch Arbeitermangel auf dem Gebiete des Bergbaues und des Maschinenwesens. Es gebe genug Gebiete, auf denen Arbeitermangel herrsche, so daß es leicht möglich sei, bei geeigneter Organisation schwächere Arbeitskräfte unterzubringen. Die Krankenkassen hätten ein großes Interesse an der Lösung dieses Problems. Sie müßten darauf drängen, daß überall öffentliche Arbeitsnachweise eingerichtet würden. Möglich wäre auch eine von ihnen monatlich herauszugebende Mitgliederstatistik sein. Ein gemeinsames Interesse für Krankenkassen und Arbeitsnachweise werde sich aus der Kammfrage ergeben und die Entwicklung werde dazu führen, daß man in gemeinsamen Räumlichkeiten arbeiten werde. Auf diesem Gebiete handle es sich nicht um himelstürmende Reformen, wohl aber könne man ein sehr gutes Werk schaffen (Lebhafte Beifall.)

Dr. Friedberg-Berlin betonte, daß der krank gewesene Arbeiter nicht als Rohmaterial benutzt werden dürfe. Aufgabe der gewerkschaftlichen Arbeiter sei es, dem Raubbau an Menschenmaterial entgegenzutreten. Solange mit dem Proletariatleben derart Raubbau getrieben werde, daß die Sterblichkeit in hohem Maße größer sei, als unter den wohlhabenderen Klassen, sei kein Anlaß, sich mit kleinen Mitteln abzugeben. Das Proletariat müsse sich aufrufen, um seine wirtschaftliche und soziale Lage im Staate zu verändern. (Beifall.) Reiter-Hannover führte gegenüber Dr. Jastrów aus, daß kein Anlaß vorhanden sei, die Arbeiter dem Lande zuzuführen. Seemann-Hannover meinte, daß der Arbeitsnachweis nur in der Hand der Gewerkschaften richtig funktionieren könne. Graf-Frankfurt a. M. hält es nicht für wünschenswert, die krankgewesenen Arbeiter in Landarbeit zu bringen, weil diese für sie zu schwer sei. Simanowski-Berlin meinte, daß jeder zielbewußte Arbeiter gegen die Ausführungen Dr. Jastrów's Stellung nehmen müsse. Nachdem Dr. Jastrów sich in seinem Schlußworte gegen eine mißverständliche Auffassung seiner Ausführungen gemahnt und dargelegt hatte, daß gerade die fehlende Organisation des Arbeitsnachweises zur Lohnrückbildung führe, wurde eine Resolution, wonach dem Arbeitsnachweise und den Verhältnissen des Arbeitsmarktes Aufmerksamkeit zugewendet werden soll, nahezu mit Einstimmigkeit angenommen und darauf die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Dienstag erläuterte zunächst Direktor Uhlmann-Leipzig die durch die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend bearbeitete und im Versammlungssaale ausgestellten graphischen Darstellungen. Es sind 11 Tableaux ausgestellt. Das erste giebt eine Uebersicht über die Krankenversicherung des Deutschen Reiches im Jahre 1896 nach Art und Zahl der Klassen und der Versicherten. Es waren vorhanden: 566 Zinnungs-Krankenkassen = 2,5 pCt., 1410 eingetragene Hilfskassen = 6,4 pCt., 4523 Ortskrankenkassen = 20,5 pCt., 6793 Betriebs-Krankenkassen = 30,7 pCt. und 8450 Gemeindefrankenkassen = 38,2 pCt. Hierzu kommen noch die Bau-Krankenkassen und landbesitzlichen Hilfskassen. Der Zahl der Mitglieder nach aber stehen die Ortskrankenkassen an der Spitze; sie hatten 3 478 370 Mitglieder = 45,2 pCt., die Betriebskrankenkassen hatten 2 061 877 Mitglieder = 26,8 pCt., die Gemeindefrankenkassen hatten 1 266 870 Mitglieder = 16,5 pCt., die freien Hilfskassen hatten 700 451 Mitglieder = 9,1 pCt. und die Zinnungs-Krankenkassen hatten 17 906 Mitglieder = 1,5 pCt. Es folgen Tableaux, die die Ausbreitung der Ortskrankenkasse Leipzig, die Zahl der Ärzte, Vertrauensmänner u. versicherungsfähigen, ebenso ihre Mitgliederbewegung; ihre Einnahmen und Ausgaben, die Beitragsskassen und die Dauer der Krankheit. Hieran schließen sich Tableaux über die Erkrankungen nach Wochen und Monaten und über die Ausgaben im prozentualen Verhältnis zu den Gesamtausgaben. An die Erläuterung dieser Tableaux schloß der Redner einen Bericht über die beabsichtigte Verarbeitung des Personalakten-Materials der Ortskrankenkasse für Leipzig durch das Statistische Amt zu Berlin. Diese Verarbeitung wird eine Uebersicht über die Erkrankungsgefahr in den einzelnen Industriezweigen bieten und die Grundlage zu Vorschlägen über die Verhütung von Krankheiten und zur Ausdehnung der Krankenversicherung liefern. Im Anschluß hieran theilte Herr Direktor Uhlmann mit, daß der Ausstellungsraum, der auf der kommenden Pariser Weltausstellung der „Deutschen Sozialpolitik“ eingeräumt war, von 300 auf 200 Quadratmeter gekürzt worden sei, und stellte folgenden Antrag, der debattelos angenommen wurde:

Der Verband der Ortskrankenkassen begrüßt eine etwa in absehbarer Zeit geplante Sonderausstellung in Berlin für die Arbeiterversicherung Deutschlands mit Freuden und würde geneigt sein, sich praktisch zu beteiligen.

Es wurden nun noch einige Anträge auf Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, die von den einzelnen Ortskrankenkassen-Verwaltungen gestellt sind, verhandelt. Ein Antrag Stuttgart: die Widersprüche, die sich im § 57 a des Gesetzes zwischen dem Absatz 1 und 4 finden (über die Erstattung der Kosten bei Ueberschreibungen von Mitgliedern), im zukünftigen Krankenkassengesetz zu beseitigen, wurde angenommen.

Im Namen der Zentralkommission der Berliner Krankenkassen beauftragte Simanowski-Berlin den Antrag:

Die Ortskrankenkassen sollen Vereinbarungen treffen können, daß diejenigen Mitglieder, welche bis zu ihrem Eintritt mindestens 13 Wochen ununterbrochen zahlendes Mitglied einer der sich auf Gegenseitigkeit verpflichtenden Ortskrankenkassen waren und hierfür den Nachweis beibringen, vorgenannte 13 Wochen als zu der diesseitigen Klasse gehörig in Uerechnung gebracht werden.

Der Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen. Schließlich wurde noch ein Antrag Kottbus angenommen, den § 60 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes dahin abzuändern, daß Betriebskrankenkassen von den Arbeitgebern nur mit Zustimmung (geheimer Abstimmung) von mindestens zwei Dritteln der in Frage kommenden Versicherten gegründet werden können. In einer Resolution dazu wurde gesagt, der Antrag sei geeignet, ein Mittel für die allmähliche gänzliche Beseitigung der Betriebskassen zu bilden. Auch diese Resolution fand Zustimmung.

Ueber die Beschlüsse des deutschen Kartetages sprach hierauf Bureauvorstand Hesse-Dresden. Er beantragte folgende Resolution:

Der hohe Reichstag wolle dem auf gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl und Honorierung der ärztlichen Einzelleistung gerichteten Bestreben des deutschen Kartetages seine Genehmigung verweigern.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Würz-Stuttgart beauftragte die Zulassung der

Frauen zum medizinischen Studium an sämtlichen Landesuniversitäten, sowie die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Beruf im Interesse der vielen in den Krankenkassen befindlichen weiblichen Personen.

Zu Verbindung damit stand ein Antrag der Ortsklasse Bammen: Bei dem Bundesrathe vorstellig zu werden, möglichst bald die Behandlung der Frage betreffs Aufstellung von in Russland approbirten Ärztinnen als Kassenzustimmen für das Reichsgebiet herbeizuführen.

Die Anträge wurden angenommen. Von den Beschlüssen soll dem Bundesrathe wie dem Reichstag Mittheilung gemacht werden. Im Antrage der Freien Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl beauftragte Dähne-Berlin zwei Anträge zum Unfallversicherungsgesetz.

Der § 55 Absatz 1 soll folgende Fassung erhalten: Dem Bevollmächtigten der Krankenkasse, welcher an der Unterlegung des Unfalles Theil genommen hat, wird unter Zugrundelegung des am Orte für seinen Beruf üblichen Tagelohnes, für den halben Tag der Hälfte und für längere Zeit das volle des Lohnjahres als Entschädigung gewährt.

Von der Ortspolizeibehörde ist die stattgefundenen Wahrnehmung des Termins zu bezeugen.

Anßerdem sollen im § 58 Abs. 2 des Unfallversicherungsgesetzes: „Stad versicherte Personen infolge des Unfalles körperlich verletzt, so ist sobald als möglich die ihnen zu gewährende Entschädigung festzustellen,“ die Worte „so ist so bald als möglich“ durch die Worte „so ist von der fünften bis zum Ablauf der dreizehnten Woche die ihnen zu gewährende Entschädigung festzustellen“ ersetzt werden.

Die Anträge wurden gegen den Widerspruch des Hofschademeisters Eschardt Weimar angenommen. Als Ort für die nächste Jahresversammlung wurde Würzburg gewählt. Eine Anzahl Anträge behandelte eine Reihe interner organisatorischer Fragen, vor Allem das Vorgehen gegen meldeunfähige Arbeitgeber. Mit den üblichen Dankreden schlossen die Verhandlungen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 19. Oktober.

Öffentliche Parteiversammlung. Wie bereits kurz erwähnt, eröffneten am Montag Abend die Delegirten des Lübecker Wahlkreises Bericht vom Parteitag in Hannover. Zunächst erhielt das Wort der Genosse Kasch. Er erklärte, daß der Parteitag die Erwartungen vollumfänglich erfüllt habe, die man auf ihn gesetzt hätte. Er habe ein großartiges Bild entworfen von dem gewaltigen, kühnen Leben, das in der Partei herrsche, er habe die Einheit der Partei in geradezu überraschender Weise dargelegt, er habe endlich eine Arbeit verrichtet, die quantitativ und qualitativ geradezu erhaben sei. Außerordentlich wohlthuend habe die Zielstrebigkeit und Gewissenhaftigkeit herrsche, mit der alles Nebenwichtige beiseite geschoben wurde, um die großen, nicht nur die Genossen im In- und Ausland, sondern auch die Gegner aller Schattierungen bewegenden Fragen gründlich zu erörtern. Die sogenannte Bernsteindebatte habe die Vieltheiligkeit, wie die Geschlossenheit der Partei im höchsten Maße gezeigt. Redner sei unüberzeugt von der Wichtigkeit der Verhandlungen unseres Londoner Parteikongresses nach Hannover gegangen, er lehre unbestimmt zurück, allein die mehrtägige Debatte habe ihn gefesselt und angeregt bis auf die letzte Minute. Nicht nur die gewaltigen Redeleistungen von Bebel und David, auch die nachfolgenden 28 Nebenreden seien fast ausnahmslos originale Leistungen vorzüglichster Art gewesen. Man habe vielleicht zum Theil den Eindruck gewonnen, als seien die Gegensätze scharf aufeinander geplatzt; das könne er für diejenige Partei nicht bestätigen. Eine aus dem Ganzen der persönlichen Ueberzeugung resultierende Sachlichkeit habe bei aller Eindringlichkeit der Betonung der Meinungsverschiedenheiten die Debatte beherrscht, sodas auch die Redaktionen, die vor dem Parteitage oft reichlich heftig für und wider erwohnen, offenbar unwillkürlich in das Jahrwasser kühner ruhiger Kritik einklangen. — Das habe sich so recht deutlich bei der Behandlung der bayerischen Landtagswahlfrage gezeigt, bei welcher der Parteitag sich fast ebenbürtig auf den auch von Lübeck vertretenen Standpunkt gestellt habe, das Verhalten der Bayern gutzuheißen, wie er andererseits mit erkennlicher Deutlichkeit den Leipziger Genossen ob ihres skandalösen Disziplinbruches eine derbe und wohlverdiente Lektion erteilt habe. Redner gab weiter einen kurzen Uebersicht über die Hauptmomente der Lübecker Rede und skizzierte einige besonders markante Reden von Vertretern beider Richtungen, besonders betonend und an der Hand örtlicher persönlicher Erfahrungen motivierend, daß ihm der Genosse Hofer besonders aus der Seele gesprochen habe, als er die Wendung von der gegen die kapitalistische Entwicklung immensen Landwirtschaft zerstört. Redner begründete dann sein Verhalten zur Resolution Bebel. Er habe gegen den in der Genossenschaft betreffenden Passus entschieden, weil dieser ihm in der Form unglücklich und unpräzise erschienen sei, er habe aber für die Gesamtkonklusion votirt, weil ihm das Ganze unendlich viel werthvoller erschienen sei, als jene Einzelheit. Die nahezu einstimmige Annahme der Resolution, so führte Redner zum Schluß aus, bedeute eine geradezu unbarmherzige Vernichtung der weitgehenden Hoffnungen unserer Gegner auf endliche Spaltung der von ihnen befehligten Partei. Seiten seien wohl aus Anerkennung der inneren Festigkeit unserer Partei entstandene Erwartungen so kläglich zu Schanden geworden. Wohl würden auch weiterhin gründliche, tiefgehende Erörterungen unserer Partei zu ihrem eigenen Wohle, zur Stärkung ihrer Anhänger beschieden sein, das Eine aber stehe fest, — gegenüber den Feinden sei endgiltig das Alle-Einende scharfschneidende festgestellt worden. Das sei der unschätzbare Gewinn der tagelangen Diskussionen, dessen Mehrung Ehrenpflicht aller überzeugten Genossen sei. — Genosse Bartels berichtete über den Rest der reichhaltigen Tagesordnung. Er skizzierte die beim Vorstandsbereiche entstandene kurze Debatte betr. die Lübecker Verurtheilung und schilderte eingehender den Streit um Schippel und das Mitglied, wo die unter dem Deckmantel der Anonymität erfolgten Angriffe des einen hohen Vertrauensposten bekleidenden Genossen scharfe Verurtheilung gefunden hätten, wenigleich der Antrag auf Ausschluß aus der Partei abgelehnt worden sei. Nach der Klaffenberichter und die guten Leistungen der Berliner Genossen im Vergleich zu denen der Genossen im übrigen Reiche fanden Erwähnung, ebenso freiste Redner kurz die wichtigsten Punkte aus dem Berichte des Genossen Hoch über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Aus der Fülle der Einzelanträge behandelte er denjenigen näher, welcher die Schaffung einer Zentrale für die Landtagsfraktionen, Gemeinderäthe, Gewerbegerichtsbeisitzer, Arbeitersekretariate u. f. w. betrifft, und betonte sowohl die außerordentliche Wichtigkeit eines derartigen Instituts, wie auch die Schwierigkeiten, welche der Ausführung entgegenstehen. Zum Schluß wandte sich Redner zur Buchdrucksvorlage, der gegenüber der Parteitag kurz und entschieden sich ausgesprochen habe. Diese werde in der nächsten Zeit uns die Kämpfe bringen, in der die in alter Einigkeit bestehende Partei ihre Kräfte erproben wird, und in denen auch wir unseren Mann zu stehen hätten. — In der Diskussion bemerkte Genosse Schwarz, daß der Fall Schippel schon in der Fraktion erledigt gewesen sei und von der Tagesordnung eigentlich hätte abgeseht werden sollen. Dem widersprach der Genosse Kasch mit dem Hinweis darauf, daß nach der erregten Preßdebatte und den öffentlichen Diskussionen der Parteitag unbedingt sprechen mußte. Redner freiste auch den Fall Heine, dessen präzise Erklärungen auf dem Parteitage viel zur Beseitigung von Mißverständnissen beigetragen hätten. Ebenso wandte sich Genosse Bartels gegen die Ansicht des Genossen Schwarz, welche eine irrtige sei. Genosse W. Ehlers meinte, aus dem Zeitungsberichte entnommen zu haben, daß harte Worte gegen die Gewerkschaften gefallen seien. Genosse Kasch konstatirte demgegenüber, daß noch auf keinem Parteitage in so anerkennender und unumbedingter Weise gesprochen wurde. Redner freiste auch den Fall Heine, dessen präzise Erklärungen auf dem Parteitage viel zur Beseitigung von Mißverständnissen beigetragen hätten. Ebenso wandte sich Genosse Bartels gegen die Ansicht des Genossen Schwarz, welche eine irrtige sei. Genosse W. Ehlers meinte, aus dem Zeitungsberichte entnommen zu haben, daß harte Worte gegen die Gewerkschaften gefallen seien. Genosse Kasch konstatirte demgegenüber, daß noch auf keinem Parteitage in so anerkennender und unumbedingter Weise gesprochen wurde. Redner freiste auch den Fall Heine, dessen präzise Erklärungen auf dem Parteitage viel zur Beseitigung von Mißverständnissen beigetragen hätten. Ebenso wandte sich Genosse Bartels gegen die Ansicht des Genossen Schwarz, welche eine irrtige sei. Genosse W. Ehlers meinte, aus dem Zeitungsberichte entnommen zu haben, daß harte Worte gegen die Gewerkschaften gefallen seien. Genosse Kasch konstatirte demgegenüber, daß noch auf keinem Parteitage in so anerkennender und unumbedingter Weise gesprochen wurde.

pathischer Weise der Gewerkschaftsbewegung gedacht sei. Das werde auch nicht geändert dadurch, daß z. B. Bebel in durchaus berechtigter Weise vor Ueberschätzung des Einflusses der Gewerkschaften gewarnt habe. Genosse Schwarz nahm darauf die Gelegenheit wahr, die historische Entwicklung des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften eingehend zu schildern. Nicht immer sei die Freundschaft eine so große gewesen, und in der Fraktion befänden sich nur sehr wenig ausgesprochene Gewerkschaftler. Als darauf Schluß angenommen wurde, fand ein Antrag auf Fortsetzung der Debatte in einer weiteren Versammlung, vom Genossen Kasch mit Rücksicht auf die zuletzt angeführte Materie gestellt, Annahme.

Die Jahresberichte der hiesigen Zentralkommission des Bundes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen, welcher in der am Dienstag abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattet wurde, entnehmen wir konform einem dort gefaßten Beschlusse folgende Angaben: Im verflochtenen Geschäftsjahre (Oktober 1898 bis Oktober 1899) fanden 22 gewöhnliche, 2 Extra-Mitgliederbesammlungen und 2 öffentliche Versammlungen statt. In vier derselben wurden Referate gehalten, zwei vom Genossen Bartels, je eine vom Kollegen Bedder und vom Kollegen Piez-Hamburg. Es fanden zwei statutengemäß dem Vorstande gemeldete Lohnbewegungen statt, die von Ersof geföhrt waren und zwar bei Pinz u. Stech und auf der Koch'schen Werft. Die Mitgliederzahl betrug bei Beginn des Geschäftsjahres 412, am Schlusse 558. Aufgenommen wurden 668, ausgetreten resp. abgereist sind 220. Wegen des rapiden Zuwachses mußten die Versammlungen nach dem Vereinshause verlegt werden. Festlichkeiten fanden drei statt. Ein wichtiger Beschluß wurde infolgedessen gefaßt, als die örtliche Klasse dem allgemeinen Sozialreferendums überwiegen wurde. An Unterstützungen wurden gezahlt: an 6 in Noth gerathene Mitglieder 65 Mark, an die ausgeperrten Dänen 150 Mk., an die am 2. Mai ausgeperrten Kollegen 360 Mk., aus gleichem Anlaß für die bis dahin Nichtorganisirten an das Kartell 90 Mk., zum Bauarbeiterkreis 105,06 Mk., zum Tabakarbeiterkreis 54,85 Mark, an Arbeitslosen-Unterstützung an ein Mitglied für zwei Wochen 6 Mk., sowie vor dem 1. Juni an zwei Mitglieder an Arbeitslosen-Unterstützung aus der aufgelösten Ortsklasse 20 Mk. — Der Kassenbericht zeigt in der Hauptklasse eine Bilanz von 404,85 Mk., in der Streikklasse für 3 Quartale von 187,05 Mk. und im Referendums für vier Monate von 534,30 Mk. — Der Gauvorstand konnte über die Reorganisation von Zahlstellen in Walsente, Grevesmühlen und Strelitz i. M. berichten. Er arrangirte 7 öffentliche Versammlungen und besuchte 3 Mitgliederbesammlungen mit Referenten. Von den Referenten enthielten 5 auf Kollegen Raddeu, 2 auf Genossen Kasch, je 1 auf Kollegen Lühr und die Genossen Bartels und Groth-Hofstedt. — Der alte Vorstand wird bis auf eine Person wiedergewählt. Er besteht aus den Kollegen Lühr, Tiedemann und J. Müller und den Revisoren Wegener, Raddeu und Heitmann. In den Gauvorstand wurden Lühr, Tiedemann, J. Müller, Raddeu und Kasch wieder, Schelinski neugewählt. Die Abstimmung über das Arbeitersekretariat hat 329 Ja und 142 Nein ergeben. Als Kandidat für die Gewerbegerichtsbeisitzerwahl wird Lühr in Vorschlag gebracht werden.

Der Bürgerausschuß genehmigte gestern die Anträge, daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, an die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeaufgaben vor dem nördlich vom Schlachthause an der Katholienstraße gelegenen Staatsareale eine etwa 70 Quadratmeter große Fläche unentgeltlich zu überweisen, und daß der Bau-deputation zwecks Herstellung eines Radfahrweges in der zweiten Wallstraße aus den Erträgen der Fahrradabgabe für das laufende Jahr die Summe von 2900 Mk. zur Verfügung gestellt werde. — Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurde ein Antrag, beim Polizeiamte zum 1. Januar einen weiteren Beamten der Klasse 3600—4600 Mk. und zum 1. April einen Kanzler erster und einen Kanzlisten zweiter Gehaltsklasse mehr anzustellen.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen ein 44 Dampfer, 40 Segler, ausgelaufen sind 39 Dampfer, 23 Segler, davon 6 bezw. 3 leer oder in Ballast.

pb. Zu Haft gerieth ein von der Anwaltschaft Hannover wegen Unterschlagung stiefväterlich verfolgter Arbeiter aus Mehna.

pb. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Stellmacher, welcher von seiner Logiswirthin Geld erschwindelt und sodann das Weite gesucht haben soll.

Brückenperre. Die im Forstorte Steinbalken auf dem Wege von Sierkrade nach Poggensee belegene Brücke ist wegen vorzunehmender Ausbesserungsarbeiten bis auf Weiteres gesperrt. Fuhrwerke werden auf den Weg von Sierkrade über Nigerau nach Poggensee verwiesen.

* Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Das zum Freitag angekündigte Gastspiel des Signor Sumagalli kann wegen plötzlich eingetretener Familienangelegenheiten, welche ein späteres Eintreffen des Künstlers zur Folge haben, morgen nicht stattfinden, da Signor Sumagalli, aus Italien kommend, übermüdet von der Reise am Tage seiner Ankunft nicht singen kann. Nichtabstimmiger gelang am Freitag die Oper „Rigoletto“ zur Aufführung und zwar als Abonnementsvorstellung und zu Opernpreisen. (Wons sind gültig.) Den Rigoletto wird morgen Herr Dumas singen. Das erste Auftreten des Signor Marion Leone Sumagalli ist nunmehr bestimmt auf Dienstag, den 24. Oktober, festgesetzt worden.

— Schwartau. Eine kleine Besehrung. Die oldenburgische Regierung hat den Beschluß des hiesigen Gemeinderathes betr. Bewilligung von 50 000 Mark aus der Gemeindefasse für ein von Herrn Lychenheim einzurichtendes Soobad nicht genehmigt. Nachdem, wie wir j. St. meldeten, eine gut besuchte Gemeindefaserversammlung gegen das Projekt einmüthig Protest erhoben hatte, ward auf ihren Beschluß eine Petition um Ablehnung des Projektes an die Regierung gefaßt, welche 210 Unterschriften aufwies. Nunmehr hat die Regierung den Herren Gemeindevorstellern plausibel gemacht, daß sie das Gemeindegeld zum Verwalten, aber nicht damit zu spekuliren haben. Bekanntlich war der Haß bei Annahme des Planes kein geringer, die Jubelnden werden sich jetzt wohl an die Schwartau setzen und ihre Parzen an die Weiden hängen müssen, so daran stehen. Die „Verloosung“ seitens der Regierung war „streng, aber gerecht“.

Schwartau. Der Oberkonfessionarius unseres Soobades in spe, Herr Dr. Wrasch, hat seine Schule eingehen lassen, um sich, wie es in einem reklamehaft mit dem Bilde des „berühmten“ Mannes geschmückten Birkulare heißt, „in Wort und Schrift ganz der deutschen Nationalerziehung zu widmen.“ Er wendet sich an die Vereine, die er umschmeichelt als „Pflanz- und Pflegestätten echt deutscher Gesinnung“, mit dem Ersuchen

ihm Vorträge halten zu lassen, und präsentiert 15 Themat, über die er zu reden gedenkt. Als guter Geschäftsmann notirt er bei einzelnen gewissenhaft, daß sie bereits in irgend einer Versammlung „allseitigen, großen“, „stürmischen“, ja sogar „großen, enthusiastischen“ Beifall gefunden. Das letztere Zeugniß von Urtheilslosigkeit soll sich ein Lübecker Kriegerverein ausgestellt haben, was wir gerne glauben wollen. Zum Schluß macht Braasch dann die Mittheilung, daß er ein 200 Oktavseiten starkes Buch erscheinen lassen will, betitelt „Heidenthum, Judenthum, Christenthum, Deutschthum.“ Entsetzlich! Da möchte man fast wünschen, der Novemberkomet zerfalle unteren Erdball. Neger kann er auch nicht wirken, als

die Fektüre eines solchen Biathans Braasch'scher „Ideen“. Zweihundert Seiten Braasch Oktav — —! Nachbarin, Euer Kläglich!

Lamburg. Ein Musterhuhmann. Wegen wiederholten versuchten und vollendeten einfachen und eines versuchten schweren Diebstahls wurde der Schuhmann Kuebiger von der Strafkammer zu 2 Jahren Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Der brave Hüter der öffentlichen Ordnung hatte es besonders auf die Loonbankfassen der von ihm frequentirten Kneipen abgesehen, die er durch kühne Gänge erleichterte. Auch steht er in dringendem Verdachte, seine Kollegen auf der Wache hemaust zu haben.

Wismar. Vom Kriegsschauplatz. Die Polizei verbot eine Gewerkschaftsversammlung, in welcher Frau Threr-Pantow sprechen sollte. Wenn die Polizei dem Einberufer kein Strafmandat schickt, macht sie sich offenbar erneut einer Gesekwidrigkeit schuldig.

Sternschanz-Biedmarkt.

Hamburg, 18. Oktober.

Der Schweinehandel verlief nur langsam. Angeführt wurden 1020 Stüd. Preise: Verkaufschweine, schwere 46-48 Mk., leichte 47-48 Mk., Sauen 39-43 Mk. und Ferkel 45-47 Mk. pr. 100 Pfd.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Claffer Hemdentuche

— feinfädige Marken —
Meter: 16, 22, 32, 40 bis 60 Pfg.

Claffer Hemdentuche

— grobfädige Marken —
Meter: 30, 36, 42, 45 bis 55 Pfg.

Claffer Renforced

Meter: 34, 40, 45, 52 bis 70 Pfg.

Hausmacher Halbleinen

Meter: 28, 34, 40, 45 bis 70 Pfg.

Rasengebleicht. Vohleinen

Meter: 45, 50, 55 und 65 Pfg.

Rissenleinen

Meter: 62, 68, 75, 85 bis 175 Pfg.

Hausmach. Bettuchleinen

— doppelte Breite —
Meter: 58, 70, 85, 90 bis 120 Pfg.

Bettuchleinen

— doppelte Breite —
Meter: 1.10, 1.35, 1.60 bis 2.20 Mk.

Fertige Bettlaken

1.55, 1.95, 2.20 bis 4.40 Mk.

Fertige Kissen-Bezüge

58, 70 und 85 Pfg.

Fertige Bettbezüge

2.10, 2.90, 3.40 und 4.10 Mk.

Doppelbreite Bett-Satins

Meter: 68, 82, 98 Pfg. bis 1.65 Mk.

Doppelbr. Bett-Damaste

Meter: 85, 95 Pfg. 1.10 bis 2.65 Mk.

80 Ctm. Satins u. Damaste

Meter: 42, 52, 65 bis 95 Pfg.

Unterrock-Stoffe

Meter: 35, 42, 58 und 70 Pfg.

Unterrock-Moires

— in allen feinen Farben —
Meter: 1.00, 1.35 und 1.75 Mk.

Claffer Pelz-Biquee

Meter: 38, 45, 58 Pfg. bis 1.15 Mk.

Groise und Cord-Parchend

Meter: 42, 50, 59 bis 90 Pfg.

Ungebleicht Parchend

Meter: 22, 28, 35 bis 80 Pfg.

Bedruckter Parchend

Meter: 42, 48 und 55 Pfg.

Hemden-Parchend

— grau, auch bunt gestreift —
Meter: 32, 36, 48 bis 58 Pfg.

Fancy-Stoffe

Meter: 28, 34, 40 und 48 Pfg.

Ungebleicht Messel

— erprobt gute Qualitäten —
Meter: 20, 27, 30 bis 42 Pfg.

Blaue Hemden-Flanelle

— bekannt bestes Fabrikat —
Meter: 90 Pfg., 1.05, 1.25 bis 1.85 Mk.

Ein freundl. Logis zu vermieten

Johannisstraße 33.

Darüber ein guter Kinderwagen zu verkaufen.

Zu kaufen gesucht ein Haus

vor dem Holstenthor mit 2 Wohn- u. 3 Zimmer.
Off. u. K. Z. an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein Damen-Winterpaletot
und mehrere Herrenkleidungsstücke

Roadstraße 20, 1. Et.

Empfehle:

Tilsiter Bruch-Käse

zu jedem Preise.

C. F. Lenkefeld, Gr. Grödelstraße 10-12.

Guter kräftiger Mittagstisch

von 11 bis 2 Uhr.

Abendessen von 6 bis 8 Uhr,
à Portion 30 Pfg.

Frau Hüsmert, Fischergrube 84.

So lange der Vorrath reicht:

Eine Parthie

Herren-Unterhosen

von 75 Pfg. an

Marlesgrube 38.

Die besten Pommerischen

Kropp- u. Halbstiefel

bekannt von Marlesgrube 38.

J. Möllendorff

Holstenstr. 9 Holstenstr. 9

gegr. 1865

empfehle

Kniestiefel

Arbeiterstiefel

Arbeiterschuhe

Mädchenschuhe

Lederne Pantoffeln

Filz- in nur feiner

und gediegener Waare.

Miethe-Quittungs-Formulare

Expedition des Lübecker Volksboten.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarb.
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 20. October

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Erhellungnahme zu den im November stattfindenden Gewerbegerichtswahlen.
4. Innere Vereinsangelegenheiten.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes,
zu erscheinen.

NB. Die Versammlungen werden im Winterhalbjahr um 8 Uhr eröffnet.
Die Ortsverwaltung.

Einladung zum

Ball der Lastadie-Arbeiter

am Sonntag den 22. October
im Tivoli.

Eingang: Gewerkvereinsaal.

Anfang 4 Uhr.

Entrée 50 Pfg.

Ende Morgens.

Neue Ia. Berger Flohmheringe

Neue Magdeb. Salzgurken

Ging, Gingsprit u. Wein-Ging

zum Einmachen

in Gebinden jeder Größe empfehle

H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,

Fischergrube 61.

Essigfabrik.

Möbel künfern empfehle mein
wirklich großes neu com-
plettes Lager dauer-
haft gearbeiteter Möbel

jeder Art. • Complete Anstichzimmer
sind vorräthig. Täglich Eintreffen von Neu-
heiten in Bezug auf die der Möbelbranche
aus den bestrenomirten Fabriken. Besichtigung
geru gestattet. — Kein Kaufzwang.

Folkers Möbelmagazin Marlesgrube

25.

Weissbier

bestes Cimerbier

Freitag Abend von 5-10 Uhr
Sonabend Morgen von 6-8 Uhr

St. Lorenz-Brauerei

Nebenhofstr. 12. C. Gablenz.

Central-Kranken- und Sterbe-Unter-
stützungsgesellschaft der deutschen Schiffbauer.

Mitglieder-

Versammlung

am Sonnabend den 21. October 1899

Abends 8 Uhr

bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.

L. D.: Abrechnung. Verschiedenes.

Die örtliche Verwaltung.

Ausspielen

von
fetten Gänsen, Karpfen

und Rauchfleisch

auf einem Ziehbillard

am Montag den 23. October 1899

von 10 Uhr Morgens an in

Casten Restaurant

Einsatz 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

C. Casten.

Gasthof „Stadt Waja“.

Ausspielen

von

fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch

am Sonntag den 22. October.

Anfang 11 Uhr Morgens.

Einsatz 50 Pfg.

J. Stapelfeldt, Untertrave 68.

Ausspielen

von

fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch

auf einem Zieh-Billard

in der „St. Gertrud-Bierhalle“

am Sonntag den 22. October 1899.

Anfang Morgens 11 Uhr. Einsatz 50 Pfg.

Hierzu ladet ergebenst ein

H. Burmester, Schulstraße 9.

Circus Variété

Stürmischer Erfolg.

Der neue

Elite-Damen-Spielplan

Einzig in seiner Art.

Sensation erregend.

The Alkers

Champion-Schwimmer u. Taucher.

Nur frühes Kommen sichert Platz.

Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadt-Theater.

Freitag:

Rigoletto. Anfang 7 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Abdr. „Lübeck und Randberggebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Risch.

Berlezer: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Schriftliche in Lübeck.

Friedrich Wilhelm IV. als Dichter.

Daß Friedrich Wilhelm IV. an seine Fremde, u. a. an Bunsen, Briefe schrieb, in denen er im Sinne der ihm umgebenden Kamarilla die Erhebung des Jahres 1848 als ein Werk des Teufels und seiner Beauftragten, der „Polen, Juden und Franzosen“, bezeichnete, ist bekannt. Man hat sich längst gewöhnt, diese falschen Vorstellungen eines überberathenen Königs auf ihre richtige Bedeutung zu reduzieren. Daß aber auch der König seine Gedanken über die Revolution in Verse gekleidet, daß er ihr als Dichter näher getreten ist, das war uns bisher ganz neu. Inbezug ist an der Thatsache nicht zu zweifeln. Das Gedicht liegt jetzt gedruckt vor. In einem erschienenen Buche „Zweierlei Tuch“ erzählt die Berliner „Volksztg.“ mitzutheilen weiß, ein ehemaliger Offizier, daß er das fragliche Gedicht des Königs in einer höflichen Vorlesung, der Friedrich Wilhelm IV. beiwohnte, gesungen habe. Die Verse lauten:

Was predigt der Böbel von Volksmajestät,
Von Volksregiment aus früh und spät?
Hurra! Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Das leidet kein preußischer Soldat, hurra!
Das leidet kein preußischer Soldat!

Hat Preußen der Böbel einst groß gemacht?
Nein! Friedrich, der donnernde König der Schlacht!
Hurra, Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Und mit ihm der preußische Soldat, hurra!
Und mit ihm der preußische Soldat!

Erlöste der Böbel bei Leipzig die Welt?
Nein! Friedrich Wilhelm, der standhafte Held!
Hurra, Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Und mit ihm der preußische Soldat, hurra!
Und mit ihm der preußische Soldat!

O, Friedrich Wilhelm, so lieb und theuer,
Mein König, wann führst Du uns wieder
ins Feuer?
Hurra, Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Wie sehnt sich der preußische Soldat, hurra!
Wie sehnt der preußische Soldat!

Und sterb' ich für meinen König allhier,
Giebt droben der größte König Quartier!
Hurra, Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Ich sterbe als preußischer Soldat, hurra!
Ich sterbe als preußischer Soldat.
Als die Berge ausgehungen waren, ließ der König den Kadetten zu sich rufen und bekannte vor dem ganzen Auditorium:

„Meine Herren, jene Verse, die Sie soeben so schön haben vortragen hören, sind von mir selbst verfaßt worden, in einer der schwersten Stunden meines Lebens, in jener Stunde, als ich nach meinem Ritt durch Berlin, nach Niederwerfung des Aufstandes in das Schloß zurückkehrte.“

Der König spricht hier von dem berühmten Urnritt am 21. März, den er, geschmückt mit den deutschen Farben Schwarz-Roth-Gold, in Berlin hielt, um dem gläubigen Volke, dem „Böbel“, wie er es in seinem Gedicht nennt, zu sagen, wie glücklich er sich fühle, als Bannerträger der deutschen Idee vor sein Volk hinzutreten. Preußen werde von nun an in Deutschland aufgehen, so hieß es in dem Aufruf, den er an demselben Tage erließ. Nunmehr erfährt man, daß er an eben diesem Tage seinem Herzen mit dichterischem Schwünge in Ausfällen gegen den „Böbel“ Luft gemacht habe, der ihm kurz zuvor zugejubelt hatte, weil er sich anscheinend zu einer der Hauptideen des revolutionären Volkes, der deutschen Idee bekannt hatte!

Wie sich der König über die Natur der Erhebung des

Jahres 1848 bis zu seinem Tode in einem vollständigen Irrthum befand, so scheint er auch von seiner Umgebung falsch unterrichtet worden zu sein über den Verlauf des Kampfes in Berlin. Der „Aufstand“ war keineswegs niedergeworfen worden, sondern die Truppen sind zurückgezogen worden, ohne daß der „Aufstand“ niedergeschlagen worden war.

Die Beziehung, die zwischen dem sogenannten „Böbel“ und Friedrich II. sowie Friedrich Wilhelm III. in dem Gedichte konstruirt worden ist, zeigt, daß der König auch in seiner Würdigung der Schlachten des siebenjährigen Krieges und der Befreiungskriege von gänzlich falschen, unhaltbaren Voraussetzungen ausging, was allerdings bei ihm nicht sonderlich wunderbar ist. Wir können nur einmal leider nicht umhin, festzustellen, daß der „Böbel“ thätlich es gewesen ist, der, wenn die Größe Preußens bloß von siegreichen Schlachten abhängt, Preußen groß gemacht hat. Der „Böbel“ ist es gewesen, der in den Schlachten Friedrich's sein Blut geopfert hat. Der „Böbel“ ist es gewesen, der in den Befreiungskriegen seine Knochen zu Markte getragen hat, nachdem im Jahre 1806 das Jüterbom die Katastrophe verurtheilt hatte, die Preußen an den Rand des Abgrundes geschleudert hat. Der „Böbel“ ist es gewesen, der Gut und Blut geopfert hat. Friedrich Wilhelm, der standhafte Held, hätte bei Leipzig mit den anderen Herrschern auf dem „Rothenhügel“ Tage lang stehen und die „Völkerschlacht“ beobachten können, wenn nicht der „Böbel“ da unten selbst das Befreiungswort durch das Opfer von Strömen von Blut vollzogen hätte!

Und hätte Friedrich Wilhelm IV. es nicht vorgezogen, „nach Tann zu gehen“, so würde sich der „Böbel“, sobald es damals zum Kriege gekommen wäre, auch um feinetwillen geschlagen haben, wenn er zu den Waffen einberufen worden wäre! So steht die Sache in Wirklichkeit! Und in dieser Beleuchtung muß man den Ausfall auf den „Böbel“ würdigen, den der König versifizieren zu müssen glaubte. Daß der Verfasser von „Zweierlei Tuch“ dem Anbenden Friedrich Wilhelms IV. einen Dienst damit erwiesen hat, als er das Gedicht dem Staube der Vergessenheit entriß, das zu behaupten überlassen wir getrost jenen Kreisen, welche ja auch heute noch das Volk als „Böbel“ zu bezeichnen lieben. Wir sagen von dem Gedicht: „Legt's zu dem Uebrigen!“

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Generalstreik der Berliner Töpfer hat am Montag eine weitere Ausdehnung erfahren. Es streiken zur Zeit über 1200 Mann; die Arbeit ruht fast gänzlich. Der Ausstand soll erst dann für beendet erklärt werden, wenn sämtliche Meister bewilligt haben. — Bei den Norddeutschen Eiswerken in Rummelsburg haben am Montag 45 Petroleumarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die Provision verweigert wurde. — Die Feilenhauer in Braunschweig haben am 14. Oktober die Arbeit niedergelegt, nachdem die Unternehmer die Hauptforderungen der Arbeiter abgewiesen hatten. Zugang von Seifenbauern nach Braunschweig ist fernzuhalten.

Rauch-, Schnupf- und Kau-Verbot für Bäckergehülfen. Die vom Stadtmagistrat Landschut in Vahren beschlossene Bäckerverordnung, die u. a. Bestimmungen in Bezug auf Reinlichkeit auch das Rauchen und Schnupfen in den Bäckereien verbietet, ist von der Regierung genehmigt worden und wird nun in Kraft treten.

Die Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises beschlossen die Potsdamer Stadtbehörden. Derselbe tritt am 1. Januar 1900 in's Leben und hat die Aufgabe, politischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (einschließlich der Dienstboten, landwirthschaftlichen und sonstigen Arbeiter) Arbeit zu vermitteln.

kennen doch die böse Geschichte? Habe ihn heute zum erstenmal herausgelockt — armer Kerl, famoser Mensch — seien Sie ein bißchen nett zu ihm, Fräulein Melba, er hat's nöthig!“ Laut leckte er hinzu: „Empfehle mich den Herrschaften. Du verpöndelst wohl den nächsten Tanz mit Fräulein Melba, Elisabeth? Habe selbst noch eine Pflichttour abzumachen — o je!“ Und mit einem komischen Seufzer chassirte der lange Hauptmann durch den Saal auf ein verblühtes altes Mädchen zu, welches ihm aufleuchtenden Blickes entgegen sah.

Die drei schauten ihm nach. „Wie gut Paul ist,“ sagte der Fremde plötzlich, „noch immer der alte lebenswürdige Mensch!“

„Ja, das ist er,“ nickte Frau Elisabeth stolz, doch mischte sich ein Theilchen Unzufriedenheit in ihren Ton. „Wenn er nur nicht immer so unpraktisch wäre! Selbst mit dem Tanzen ist es so, an die Schönen und Begehrten macht er sich nicht, immer nur, was da so herum fliegt.“ Sie bewegte die Hand bezeichnend nach der verblühten Dame hin. „Ich predige ihm oft, aber er nimmt immer das, was kein anderer mag!“

„Ja, mit mir hat er auch getanzt. Schen Sie, Frau Hauptmann, und noch hinter zwei Tänzgen steht sein Name!“ Melba hielt der Verblühten ruhig ihre Tanzkarte hin.

Aber — aber — Kind — Sie — wie können Sie nur denken?!“ stammelte Frau Elisabeth in tödtlicher Verlegenheit.

„O, das macht gar nichts,“ lachte Melba, „ich nehme es nicht übel. Wenn ich einen so netten Mann hätte wie Sie, wäre mir auch das Allerbeste nur gerade gut genug für ihn. Aber es geht ja im Leben nicht immer nach Wunsch. Ich wäre auch lieber wo anders, als hier!“ Ueberascht sah der Fremde auf, sie merkte es nicht. „Finden wir uns beide drein und nichts für ungut!“ Sie hielt der Verlegenen die Hand hin.

Ein neuer Fall tödtlich verlaufenen Milzbrandes. Am Montag wurde in's Städtische Krankenhaus in Leipzig die 32 Jahre alte Wirtin Luise Waldauf eingeliefert. Die Bedauernswerthe war seit Jahren blind und erwarb sich ihren Lebensunterhalt mit Wirtinbinden. Dabei zog sie sich eine Milzbrandvergiftung zu. Die unglückliche Arbeiterin ist Montag bereits gestorben.

Die Lohnbewegung auf den oberhessischen Kohlengruben nimmt immer größere Dimensionen an. In einem anonymen Flugblatte werden in ruhiger Weise die Gründe der Lohnforderungen und die Forderung der Achtstundenschicht auseinandergesetzt. Allem Anschein nach geht die Bewegung von den Leitern des Westhessener polnisch-katholischen Verbandes aus. Zu einem Streik ist es noch nicht gekommen. Die zehn Gruben beugen durch Lohnhöherungen dem Ausbruch eines Ausstandes vor. Der „Katholik“ selbst giebt sich keinerlei Mühe, vom Streiken abzumachen, obwohl er wissen muß, daß die oberhessischen Bergarbeiter-Organisationen noch nicht stark genug sind, um einen Streik siegreich zu Ende zu führen.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die ersten leisen Anzeichen einer ungünstiger werdenden Situation sind auf dem Arbeitsmarkte bereits zu bemerken. Während vom August zum September die Andrang der Arbeitssuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweisen abzunehmen pflegt, hat er diesmal, wie die Berliner Halbmonatsschrift: „Der Arbeitsmarkt“ mittheilt, zugenommen: Auf 100 offene Stellen waren im August nur 92,5 Arbeitssuchende gezählt, im September aber 98,9. Obgleich die Mitgliederbestände der Krankenkassen noch keine Abnahme (vielmehr eine geringe Zunahme) zeigen, so ist doch die Steigerung des Andranges an den Arbeitsnachweisen um diese Jahreszeit eine so auffallende Erscheinung, daß sie als die bezeichnende Thatsache angesehen zu werden verdient. Kein Wunder, daß die schon oft betonten Zustände in der üppig blühenden Bergwerks- und Metallindustrie, in denen Mangel an Kohle und an Halbzugmanne Werke zu Einschränkungen oder gar zum Stilllegen zwingt, die während vorhergegangener Wirkungen auch auf dem Arbeitsmarkte zu zeigen beginnen. Hemmend und vertehnernd wirkt der Kohlemangel schließlich auf alle Industrien. Dampfbetriebe, die mit der Konkurrenz von Wasser, Wind- und Handbetrieben zu rechnen haben, wie Brennereien, Brauereien, Siegeleien und andere mehr, werden besonders empfindlich getroffen. Dazu kommen Wirkungen früherer oder noch andauernder Ueberproduktion, wie im Textilgewerbe, wo sie in letzter Zeit stellenweise noch gestiegen zu sein scheint, damit manchen Händen zwar vorübergehende Beschäftigung schaffend, aber die Gefahr einer drohenden Krisis verdeckend. Nachgelassen hat der bisher abnorm starke Bedarf in der Cementfabrikation, im Waggonbau, in manchen Gegenden auch im Baugewerbe.

Die die Welt durchziehende Geldvertheuerung übt auf die Möglichkeit gewerblicher Unternehmungen ebenfalls ihren Einfluß. Zu dem Goldabfluß nach den Vereinigten Staaten hat sich der nach Afrika (für Zwecke der Kriegsrüstung) hingewandt. Die Bank von England ging zweimal mit Erhöhungen des Diskonts voran, und die deutsche Reichsbank folgte am 2. Oktober mit einem Hinansehen von 5 auf 6 Proz. An der Newyorker Börse war die Geldknappheit so stark, daß man vorübergehend sich bereit erklärte, für tägliche Darlehen Zinsätze zu zahlen, die auf das Jahr berechnet 50 Proz. betragen. Aus Ungarn wird bereits berichtet, daß in Folge der Geldvertheuerung angelegene Bauarbeiten in Schwierigkeiten gerathen und nur durch großes Entgegenkommen vor dem Zusammenbruch noch bewahrt werden konnten.

Allerdings stehen den besagten Erscheinungen die fortwährend erfreulichen gegenüber. In den letzten Monaten ist der Güterverkehr so angeschwollen, daß z. B. am Hauptbahnhof in Berlin Güter zeitweise zurückgewiesen werden mußten. Die großen Werke in den einzelnen Industriezweigen sind wohl meist noch auf längere Zeit mit reichen

Frau Elisabeth war es ganz heiß geworden; ein Glück, daß jetzt ein Herr vom Regiment auf sie zutram und um den nächsten Walzer bat.

„Ich wollte — ich sollte — mein Mann wünschte — nein, nein, ich danke!“

„Aber, gnädige Frau, Sie, als vorzüglichste Walzer-tänzerin, werden doch nicht pausieren? Ich bitte, ich bitte dringend!“

Die junge Frau schwankte — eben hob der Kapellmeister den Taktstock, die ersten Töne der „schönen blauen Donau“ wiegten durch den Saal. Sie sah auf Melba.

„Natürlich wird die Frau Hauptmann tanzen,“ sagte diese.

Der schweigsame Leutnant von Ramer fuhr wie aus einem Traum auf. „Vielleicht nehmen gnädiges Fräulein inzwischen mit mir vorlieb?“ Er machte Melba eine tiefe Verbeugung. Sekundenlang sah sie in ein paar schwer-nüthige Augen von unbestimmter Farbe, die mit einer gewissen Bewunderung auf ihr ruhten. Wider ihren Willen erröthete sie; sie fühlte es, sie ärgerte sich darüber, und die Blut stieg ihr noch tiefer, bis hinab in den Ausschnitt des weißen Kleides.

Sie stand regungslos und neigte nur zustimmend den Kopf; schon wirbelten die ersten Paare vorüber, auch Frau Elisabeth walzte selig davon. Mit einer wunderbar gemischten Empfindung von Dankbarkeit und Mitleid legte Melba Dallmer ihre Rechte in die Hand Leutnant von Ramers — eine nervös zuckende heiße Hand, sie fühlte es bis in die Fingerspitzen.

Wie hatte Melba Dallmer gut Walzer getanzt, heute konnte sie ihn; sie tanzte mit erwachender Lust.

IV.

Ferdinand von Ramer und Paul Rylander kannten sich von Jugend an. Sie waren im Kadettenkorps zusammen

Heinlandsdichter.

Roman von Clara Wiebig.

5. Fortsetzung.

Nachdem verboten.

„Gut, daß du kommst, Paul“, rief sie lachend, noch athemlos von der letzten Tour, ihrem Mann entgegen, „und wie schön, daß du Fräulein Melba mitbringst!“ Herzlich streckte sie dem jungen Mädchen die Hand entgegen. „Hier Ramer ist wieder in seiner schwärzesten Laune, es will mir nicht gelingen, ihn aufzuhaitern. Vielleicht ist's unsern losen Jüngelchen da besser!“

Sie griff scherzend nach Melbas Ohrfläppchen und zwickte es.

„Kommen Sie, Kind, lassen Sie sich mit einander bekannt machen. Paul, stelle mal vor!“

„Gestatten Sie — Premierleutnant Ferdinand von Ramer, mein langjähriger Freund und jüngerer Kamerad vom Kadettenhaus her, jetzt zu meiner großen Freude hierher versetzt — Fräulein Melba Dallmer, unsre Nachbarin auf der Chaussee!“

Melba verneigte sich; sie sah, wie die Augen des fremden Offiziers gleichgültig aufblickten und sich sofort wieder zu Boden senkten. Auf einmal schloß es ihr durch den Kopf — Ramer, Ramer — wo hatte sie den Namen doch schon gehört? Richtig, vor drei, vier Jahren hatte er in sämtlichen Zeitungen gestanden, da regte dieser abscheuliche Spielerprozeß alle Gemüther auf. War das etwa der Sohn von jenem berüchtigten Ramer oder sonst ein Verwandter? Sie sah den Fremden mit einem gewissen Interesse an. Er hatte sich halb abgewendet und ließ Frau Elisabeth auf sich einreden; er sah nicht mehr jugendlich genug für einen Premier aus, obgleich sein Gesicht hübsch war und seine Haltung eine tadellose.

Rylander trat dicht an Melba heran und flüsterte, seinen Schnurrbart drehend, hinter der vorgehaltenen Hand: „Sie

Aufträgen versehen. Die Preissteigerungen in der Eisenindustrie werden noch günstig kommentiert. Ueberhaupt ist auf der Oberfläche des Wirtschaftslebens die schon seit Jahren währende günstige Physiognomie noch immer maßgebend. Gespannt aber bleibt immerhin die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes, und die Zukunft gebietet Vorsicht im Hinblick auf nicht wegzuleugnende Gefahren.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Bei einem in der Wohnung eines Arbeiters in Berlin Dienstag früh ausgebrochenen Feuer erstickten zwei Kinder; ein drittes wurde wieder in's Leben zurückgerufen, doch war es durch den Rauch schwer vergiftet. — Dienstag früh geriet das Dach des Rauhthierhauses des Zoologischen Gartens in Berlin in Brand. Ein Jaguar ist erstickt, eine Löwin hat durch den Rauch schwer gelitten. — Ein eigenartiger Eisenbahnunfall wird aus Magdeburg gemeldet. Montag Abend durchfuhr am Bahnhübergange in Sudenburg ein Wagen der elektrischen Straßenbahn eine geschlossene Schranke und stieß gegen einen eben vorüberfahrenden Zug. Der Vorderperron des Straßenbahnwagens wurde weggerissen und die beiden auf demselben befindlichen Angestellten wurden verletzt. Das Unglück geschah in Folge Versagens der elektrischen Bremsvorrichtung des Straßenbahnwagens. Auch zwei Fahrgäste erlitten Verletzungen. Fünf Güterwagen des Eisenbahnzuges sind beschädigt worden. — Bei einem Brande, der in einem Dachziegelwerk in Wittigshäl bei Zohanngeorgenstadt ausbrach, wurden den „Chemiker Neuesten Nachrichten“ zufolge neun Personen durch den Einsturz einer Wand im Maschinenhaus verletzt; drei von ihnen wurden in das Krankenhaus nach Zwickau gebracht. — Auf der Station Schwiebuschloß fuhr ein Personenzug aus Königsbrunn mit voller Wucht auf ein Pressloch. Viele Reisende trugen schwere Verletzungen davon. — Eine Vergiftung hat, wie aus Leipzig gemeldet wird, von Ferdinandshöhe bis Außig den Serpentinweg eingestürzt und den Fahrweg über den Gerichtsberg zertrümmert. — Ein sonderbarer Unfall hat sich auf dem Zentralviehmarkt in Wien ereignet. Während des Abladens von Ochsen und Kühen wurde eine Kuh wild und wipzig den bei der Abladung beschäftigten Treiber Joseph Schmidt auf. Dem Unglücklichen wurde der ganze Bauch aufgeschlitzt, so daß ihm die Gedärme lose herausgingen. Bevor noch ärztliche Hülfe zur Hand war, war Schmidt bereits tot. — Aus Budapest wird eine geradezu schauerliche That gemeldet. Der Einwohner Adam Doreberg in Baja tödtete sein zwei Monate altes Söhnchen auf bestialische Weise. Er sprang aus dem Bette, um dem weinenden Kinde den Mund mit einem Felsen zu verstopfen. Die erschrockene Mutter wollte ihn abwehren, da ergriff er das Kind und schändete es mit aller Wucht an die Wand, so daß dem armen Weib der Kopf barst. Auf die verzweifelten Hilferufe der Frau erschienen sogleich die Bewohner des Hauses und der Nachbarschaft, die den Mörder lynchen wollten. Nur dem Einschreiten der Polizei gelang es, ihn von der erbitterten Menge zu befreien. Bei der Polizei rechtfertigte er sich mit der Angabe, er habe das Kind nicht für sein eigenes gehalten. — Nach Meldungen aus Pisa ist in Folge von Regengüssen der Vernisfluß aus den Ufern getreten und hat das Gebiet von Campiglia übersüßet und großen Schaden an den Feldern und im Viehbestand angerichtet. Der Treutausfluß ist gleichfalls ausgetreten und hat die Gemeinden Sinigaglia und Torrita unter Wasser gesetzt. Die Eisenbahnlinien Pisa—Rom, Campiglia—Piombino und Lucignano—Sinigaglia sind unterbrochen. — Ein heftiger Platzregen, mit Gewitter und Hagelstich begleitet, verurteilte in Rom Montag Nachmittag eine Ueberflutung in den Kellern vieler Häuser. Auch mehrere Straßen wurden unter Wasser gesetzt. Die Peterskirche war kurze Zeit völlig von Wasser umgeben und das Forum Nomanum überschwemmt. Jedoch ist der von den Wassermaßen angerichtete Schaden unbedeutend. Mehrere Eisenbahnlinien, wie die Rom—Pisa, sind unterbrochen. — Ein heftiger Sturm richtete in San Giorgio (Apulien) große Verwüstung an. Die Kirche und mehrere Wohnhäuser wurden zerstört. Drei Personen sind umgekommen.

Erlebnisse von der Agitation. Genosse Müller aus Essen, der zur Zeit eine Agitationstour durch Thüringen unternimmt, läßt dem Dortmund-Parteiorgan über seine Erfahrungen in verschiedenen Orten folgende Mittheilungen zugehen. In Neustadt a. d. Orla, wo noch keine Zahlstelle der Maurer besteht, hat Müller den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, eine öffentliche Versammlung der Maurer anzumelden. Die Anmeldung unterließ aber, weil der Betreffende aus Erfahrung wußte, die Versammlung werde doch verboten. Müller hatte aber in der dortigen Zeitung die Versammlung angezeigt. Der Vorsitzende des Kartells und Müller trafen sich in dem betr. Lokal, sonst war Niemand da — bis auf einmal zwei Hüter der Ordnung erschienen und — die Versammlung auflösen. Die zwei Versammelten wurden aufgefordert, sofort das Lokal zu verlassen, dabei Müller trotzdem für verhaftet erklärt. Es wurde auch ein Protokoll aufgenommen. Schließlich bemerkte der Polizist: „Jemand ein sozialdemokratisches Streikkomitee hat Sie wohl geschickt, um hier die Arbeiter „anzuhaken“? Na, damit haben Sie hier kein Glück, dafür werde ich schon sorgen!“ Mit dem Grusse: „Verdammt Sozialdemokraten!“ wurde Müller dann entlassen. Seine Erlebnisse in Stadtilm schildert er selbst folgendermaßen: „In Stadtilm ging ich mit einer Rede schwanger: „Die Bedeutung des Koalitionsrechts“ sollte das Kind heißen. Zur Versammlung waren eingeladen erschienen: der Bürgermeister, der Stadtschreiber, der Nachtwächter und der Fuhrhüter. Nachdem die Ungeladenen schon 1/2 Stunden vergebens gehofft und geharrt, auch schon pro Mann 6 Seidel Bier „umgestoßen“ hatten, erschienen auch die Geladenen. Alles war freudig bewegt ob der großen Ehre. Ich begann meinen Vortrag. Aber meine Worte behagten dem Stadtschreiber nicht, er unterbrach mich und es entspann sich folgendes Intermezzo. „Bürgermeister: „Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß er nur speziell vom Koalitionsrecht reden darf, sonst löse ich die Versammlung auf!“ — Ich: „Sie haben stille zu sein, sonst muß der Vorsitzende wohl von seinem Hausrecht Gebrauch machen!“ — Bürgermeister: „Sie dürfen auch nicht politisch werden!“ — Ich zu der Versammlung: „Was ist das für ein Störenfried?“ — Bürgermeister: „Ach bin der Bürgermeister! Sie mußten sich bei mir auch vorstellen!“ (Schallendes Gelächter). — Ich (fortfahrend): „die Sozialgesetzgebung streifend n. i. w.“ — Nunmehr hielt der Bürgermeister Ruhe und ich konnte meinen Vortrag beenden. — Zur Erbauung unserer Leser geben wir noch der vollständigen Bescheinigung der Anmeldung obiger Versammlung Raum. Der von Gesetzes „kenntlich“ zugehende Klausur: Von Maurer Ottomar Stolz hier ist für Dienstag den 3. Oktober cr., Abends 8 Uhr, im Lokale des Restaurateurs Gustav Schulze hier eine öffentliche Versammlung der Maurer und Arbeiter mit der ausschließlichen Tagesordnung: Vortrag über die Bedeutung des Koalitionsrechts für die Bauarbeiter Deutschlands, gehalten von J. Müller aus Essen an der Ruhr, angemeldet worden, wiewohl unter der Voraussetzung Bescheinigung hiermit erteilt wird, daß der angegebene Redner aller Erörterungen sich enthält, welche einen aufreizenden, die öffentliche Ordnung gefährdenden Charakter tragen könnten. Die Polizei-Verwaltung: Schröter.“

Ein „Nacht“. Eine Forderung auf Pistolen mit dreimaligem Kugelwechsel auf fünfzehn Schritt Distanz hatte der Kaufmann N. von Solingen dem Fabrikanten M. zugehen lassen, weil dieser ihn „Nacht“ geschimpft habe. Das Duell fand nicht statt, weil vorher Anzeige gemacht wurde. N. wurde von der Strafkammer zu zwei Monaten Festung verurtheilt, weil die Beleidigung keinen Vorwurf ehrsüchtiger Beleidigung bedeuere, sondern sich nur auf die „äußere Erscheinung“ einer Person beziehe und weil deshalb die schwere Bedingung in keinem Verhältnis zu der Art der Beleidigung stehe.

Was ein Krotodilwagen alles beherbergt. In seinem unlängst in Paris erschienenen Buche über seine Jagderlebnisse in Zentralafrika erzählt der als Löwenjäger berühmte Franzose Ebnard Foa folgende Episoden: Eines Morgens zogen die Eingeborenen auf der Krotodiljagd ein getödtetes Thier ans Land und kamen bald darauf mit der Mitteilung zu uns, daß sich ein Mensch in seinem Wagen befinde. Bei näherer Besichtigung ergab sich wirklich, daß die Eingeweidete des Krotodils wenigstens Theile eines mensch-

lichen Körpers enthielten. Ein Arm mit der Hand, ein Fuß mit dem Knöchel und einige Rippen wurden herausgezogen, und jedes Glied war kaum beschädigt, obgleich das Fleisch geschwollen und die Haut unter der Wirkung der Magensaft entstellte war. Ich befahl, daß diese Ueberreste beiseite würden, aber niemand wollte sie anrühren. So warf ich alles ins Wasser zurück. Die menschlichen Ueberreste schwammen auf dem Wasser und einige Matrosen eines Kanonenbootes, das den Strom hinauffuhr, berichteten ihrem Offizier, daß sie den Arm eines Weißen auf dem Flusse gesehen hätten. Das rief in dem ganzen Distrikt eine unbeschreibliche Aufregung hervor. Ich habe darauf alle Krotodile, die ich schoß, geöffnet, und da fand ich oftmals seltsame Dinge. Zwei Jahre später wurde z. B. am Kassasee aus dem Magen eines gigantischen Krotodils eine Sammlung von 24 knorpeligen Krabben und ein großer Ball von gekräuseltem Haar entfernt. Das Thier hatte diese Dinge nicht verdauen können, nachdem es die Eingeborenen, die sie getrogen, verschlungen hatte.

Zuener praktisch. Ein heiteres Vorkommniß, das buchstäblich wahr sein soll, ereignete sich jüngst in der Bürgermeisterei eines niederheinischen Landkreises. Dem Gemeindevorsteher war es gelungen, im betreffenden Orte sechs falsche Thaler zu beschlagnahmen. Auf eine Anfrage wurde ihm der Reichthum, die Falschstücke sofort der Staatsanwaltschaft des betreffenden niederheinischen Landgerichts einzusenden. Dieser Verpflichtung kam das Gemeindeoberhaupt bald in der Weise nach, daß es das falsche Geld bei der — Ortspostkasse einzahlte! Der Postagent nahm das Geld ohne Anstand an. Die Staatsanwaltschaft kam um ihre Indizien und die nunmehr wieder im Umlauf befindlichen falschen Thaler werden hoffentlich Niemand verhängnißvoll!

Ein Kirchbaumsterben ist am Rhein plötzlich in diesem Sommer und Herbst in bedeutendem Umfange aufgetreten, besonders in den Ortshäusern St. Goarshausen, Kamp, Osterhan u. Nach dem schon im vorigen Jahre die Erscheinung sich bemerkbar gemacht hatte, hat sie dies Jahr in beunruhigender Weise um sich gegriffen, so daß etwa schon der vierte Theil der Kirchbäume der Krankheit zum Opfer gefallen ist. Das Sterben setzt sich auch jetzt noch immer weiter fort. Die Erscheinung ist um so räthselhafter, als alle anderen Thatsachen daselbst völlig gesund sind und auch der Kirchbaum seit ungefähr 30 Jahren bis jetzt mit größtem Erfolge betrieben wurde. Für die meisten der dortigen Grundbesitzer bildet der Kirchbaum fast den einzigen Erwerbszweig; sie werden durch das plötzliche Eingehen der Kirchbäume in hohem Grade geschädigt. Das kaiserliche Gesundheitsamt hat den Geheimen Rath Frank zum Studium der Krankheit an Ort und Stelle gesandt. Dieser fand, daß es sich um keine der bekannten Krankheiten des Kirchbaums handelt, sondern um eine neue Erscheinung und zwar höchstwahrscheinlich um eine Infektionskrankheit, wobei ein bisher nur an abgestorbenen Kirchbaumstämmen bekannter Pilz, eine Cystospora, häufig im Wurde mit Bakterien, die lebende Rinde vom Stamm ober Ästen befallt und zum Absterben bringt. Bereits hat sich herausgestellt, daß die Krankheit an beiden Rheinhessen bis unterhalb Coblenz vorhanden ist. Aber noch ist unbekannt, ob sie nicht noch weitere Verbreitung hat.

Unfallende Begnadigung. Aus Darmstadt wird berichtet: Zu Anfang d. J. erregte hier die durch Studenten bethätigte Mißhandlung zweier friedlicher Handwerker, von denen einer in der Folge ein Auge einbüßte, großes Aufsehen. Der hauptsächlichste Student Kopf aus Frankfurt a. M. wurde am 22. Juni von der Darmstädter Strafkammer zu 8 Monaten 2 Wochen Gefängniß verurtheilt, wovon 4 Monate 2 Wochen durch die Unteruchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Jetzt verurtheilt, daß der Großherzog Kopf begnadigt hat. Auch die sonstigen Folgen der erkannten Gefängnißstrafe müssen Kopf erlassen worden sein, wenn es sich bestätigt, daß er gegenwärtig als Einjähriger bei einem Ulanenregiment dient.

Heiteres. Ein Denker. Junger Schriftsteller (in einer Redaction auf den Papierkorb deutend): „Ach, Herr Redakteur, jagen Sie mal, was ist denn das für ein originelles Möbel, das da steht?“

gewesen; wenn auch der ältere Anstand dem andern um mehrere Klassen voraus war, gemeinsames Turnen, gemeinsame Spiele und Spaziergänge hatten sie doch mit einander bekannt gemacht.

Nach Jahren traf man sich in der gleichen Garnison wieder, der eine als Sekonde, der andere als Premierleutnant. Dem lebenswürdig-herzlichen Weiten Anstanders war schwer zu widerstehen, selbst Kamer, der allezeit zurückhaltend, fühlte sich lebhaft angezogen. Man trieb die Kindheitsverinnerungen auf, man lachte über längst Vergangenes, man erzählte von diesem alten Lehrer und jenem; es war gerade kein warmes, intimes Zusammensein, dazu neigte der Jüngere nicht, aber es war eine gegenseitige Achtung, ein aufrichtiges Wohlwollen, was man im Leben so allgemein Fremdschaft nennt.

Sie kamen dann auseinander; Anstand wurde veriebt, heirathete, wurde dahin und dorthin geworfen, lebte als Hauptmann in Koblenz und hörte kaum mehr von dem früheren Kameraden. Zuener hatte er schreiben wollen, eigene Freuden, eigene Sorgen nahmen ihn in Anspruch; da gelangte eine Kunde an sein Ohr, die ihn tief erschütterte.

Kamer's Vater war Militär, ein Mann von Meriten, die Brust voller Orden; er lebte als Kommandant von Hannover auf einer Art Ruheposten, aber immerhin in einer Stellung, die die Blicke auf sich zog. Wenn der alte Herr mit dem eisgrauen Schmelzbar, das schöne, noch frische Gesicht in vornehmer Ruhe, seinen Morgenritt durch die Promenaden der Stadt machte, zogen die Bürger ehrfurchtsvoll den Hut. Er grüßte freundlich mit leutseligem Lächeln, er war beliebt bei Jung und Alt.

Kein Diner ohne den alten Kamer; er führte stets die Hausfrau zu Tisch, die schönsten Mädchen gankelten mit kindlicher Schmeichelei um ihn herum. Papa Kamer, Papachen Kamer, ach, das reizende Papachen! Sie küßten die zierlichen Fingerringe und warfen ihm die schmelzenden Blicke zu.

Der Kommandant machte ein sehr angenehmes Haus.

Wie er's fertig brachte, ohne persönliches Vermögen, war reichlich unklar; nun, er mußte es doch können. Die drei Töchter hatten sich verheirathet, sie waren nicht besonders hübsch; allen dreien mußte er Zulage geben, sonst wäre nichts aus den Partien geworden. Der Sohn als Leutnant brauchte doch auch etwas — aber wen ging's was an? Haus, Dienerschaft, Reispferde, alles elegant; den dunklen Gerüchten, die möglich ankündigten, um ebenso plötzlich zu verschwinden, schenkte Kamer Glauben.

Da brach es eines Tages herein mit Donnergetruch, daß den guten Bewohnern von Hannover die Ohren gelitten und die schönen Bewunderinnen des „reizenden Papachens“ einzest in einen Winkel verflatterten. Die Polizei hob eine Spielhölle auf im Haus der berühmten und berühmtesten Stadtschönheit, Madame Adrienne Gwiazdowska.

Dies erotische Gewächs war, Gott weiß woher erigieren, nur in eigener Equipage, schmachtend hingegossen, täglich durch die Straßen, mit ihren großen schwarzen Augenrändern und Simulirbrillanten einen Haufen Verehrer an sich lockend. Manchen war diese „Dame aus der Fremde“ bald verdächtig; man munkelte und wußte doch nichts Bestimmtes. An einem späten Abend stieg der Polizeichef selbst, mit der nöthigen Begleitung, die teppichbelegten Stufen zu Madame Adriennes Wohnung hinauf, schob die erbleichenden Diener zur Seite und überreichte die Spielgesellschaft in Lagranz, neben der schönen Grotischen im zärtlichsten Einverständnis — den hochgeehrten allbeliebten Kommandanten von Kamer!

Ein Entzückensschrei, eine Pant jondergleichen! Die Spannung aller Kreise ging in's Unglaubliche! Von Tag zu Tag entrollten sich schwarze Bilder, wunderbare Dinge gelangten plötzlich in die Oeffentlichkeit; Personen, deren Unantastbarkeit über allen Zweifel erhaben, wurden mit hineingezogen, die Zeitungsschreiber aller Orten hatten überwältigenden Stoff. Majestät mißte sich persönlich ein. In dem eleganten Haushalt des Herrn Kommandanten wurde alles verübelt, man munkelte von untergeschlagenen Geldern, Saßendeseien. Die arme Frau von Kamer, die stets

schüchtern und gedrückt neben dem glänzenden Gatten dahin gelebt hatte, brachte man in eine Zrenanzhaft. Mit einem markierkühntenden Geröde brach der ganze stolze Bau von Ehre, Reputation, Wohlstandigkeit zusammen. Was blieb dem „reizenden Papachen“, dem unglücklichen Menschen übrig — ?! Nur der Muth der Verzweiflung, der die Pistole in die gekrakelten Finger drückt und mit eifrig kaltem Schlüßeln in's Ohr raunt: „Schieß — schieß!“ Kommandant von Kamer schoß sich tod. Er hinterließ seinen Kindern nichts als ein Gefühl unauflöslicher Schande — seinem Sohn einen gebrandmarkten Namen. Majestät waren sehr gnädig. Als der Leutnant von Kamer in bitterster Verzweiflung seinen Abschied einreichte, kam ein huldvolles Hand schreiben:

„Es sei ferne von uns, den Sohn für den Vater verantwortlich zu machen. Wir wünschen nicht, einen braven Offizier unserer Armee zu verlieren.“

O diese Huld — und doch diese Weir! Tage, die dahinschleichen! Nächte, Nächte, die das verfürte Gemüth an die Grenze des Wahnsinns hetzen!

Er griff nicht zur Todeswaffe, wie die Kameraden fürchteten, die sorglich alles aus dem Wege räumten; er rang sich durch. Aber ein innerstes Verzagen blieb, eine unauflösliche Bitterkeit, ein krankhaftes Sichverschließen. Am liebsten hätte sich Kamer in einen Winkel verkrochen, den nie ein Lichtstrahl trifft; alles jedes that ihm weh, das gutgemeinte Mitgefühl, die zarte Rücksichtnahme der Kameraden — ah, was hatten sie, was wollten sie, warum thaten sie behutjam wie mit einem Kranken?! Mißtrauen packte ihn. Er fühlte sich getroffen von jeder harmlosen Bemerkung, er zuckte zusammen, wenn ein Fremder ihm gegenüber trat und er seinen Namen nennen mußte — den schrecklichen, schmachtvollen Namen! Der Name war sein Fluch; es ging ihm ein Zittern mitten durch's Herz, wenn jemand „Kamer“ sagte. Die fixe Idee setzte sich in ihm fest: du bist ein Gebrandmarkter, du hast zu verzichten auf alle Freuden von Leben und Liebe! Nur nicht den Namen fortpflanzen, nur nicht noch andere mit hineinziehen in die unauflösliche Schande — allein, zu Ende! (Fortf. folgt.)